



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 03.07.2026 bis 10.07.2026

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Äthiopien: Teenagerin droht der Tod, weil sie Jesus nachfolgt	3
Bergkarabach: Kritik an von der Leyens Schweigen	4
China: „Geste guten Willens“- Pastor frei und darf in die USA ausreisen	5
Deutschland: "Die Kirche sollte sich mit Kritik an Israel zurückhalten"	6
Deutschland: Erneuter Anschlag auf ehemaliges freikirchliches Café	7
Deutschland: Muslimischer Busfahrer unterbricht Linienfahrt für Gebet	8
Großbritannien: Messerangriff auf Journalist	9
Indien: Feindseligkeiten zwischen Sikh und Christen	10
Iran: Der ältesten evangelischen Kirche in Teheran droht die Enteignung	12
Iran: Historische Kirche in Teheran vor Beschlagnahmung	13
Iran: Weitere beunruhigende Informationen	15
Israel - USA: Ein mythisches Verhältnis	16
Israel: Israeli spricht bei ICF München über 505 Tage Hamas-Geiselhaft	22
Kamerun: Erzbischof von Douala beklagt "unmenschliche Haftbedingungen und korrupte Justiz"	23
Myanmar: Neue katholische Pfarrgemeinde im Bistum Kalay eingeweiht	24
Nigeria: Der entführte Katechet Victor Paul ist tot	25
Pakistan: 2 Beispiele für Mißbrauch der Blasphemie-Gesetze	26
Pakistan: CSI startet Petition für entführte Christin	29
Pakistan: Katholik stirbt an den Folgen seiner Inhaftierung	30
Pakistan: Mob – Drohungen mit Blasphemie-Vorwürfen	31
Südsudan: Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen	34
Syrien: Koalition fordert die USA auf, im Fall eines syrischen Christen zu intervenieren	35
Ukraine: Baptist und Kriegsdienstverweigerer mutmaßlich getötet	36
Ukraine: Zu Gast in Deutschland	37

Äthiopien: Teenagerin droht der Tod, weil sie Jesus nachfolgt

ICC-Nachrichten und Berichte - Seit sie sich im Juni 2025 entschlossen hat, Jesus nachzufolgen, hat die 15-jährige Indii Mikaa'el ihre Schulbildung und den Komfort ihres Zuhauses verloren. Sie könnte auch ihr Leben verlieren.

Mikaa'el wurde in eine muslimische Familie in Haroji Wado nahe der äthiopisch-sudanesischen Grenze geboren und lebt nun unter ständigen Drohungen seitens ihrer Familie und ihrer Gemeinschaft. Obwohl Christen in Äthiopien frei und offen ihren Glauben ausüben dürfen, sehen sich zum Christentum konvertierte Menschen aus dem Islam in mehrheitlich muslimischen Gebieten oft Gewalt und sogar Morddrohungen ausgesetzt.

„Als meine Familie herausfand, dass ich mich entschieden hatte, Jesus nachzufolgen, wandte sich alles gegen mich; sie wurden sehr feindselig“, erinnert sie sich. „Sie sagten, ich hätte Schande über die Familie gebracht; andere sagten mir, ich hätte meine Familie und meine Gemeinschaft verraten. Sie warnten mich, dass ich getötet würde, wenn ich nicht zum Islam zurückkehren würde.“

Die Verfolgung wurde bald lebensbedrohlich. Berichten zufolge wurden bewaffnete Männer in der Nähe ihres Zuhauses in Dambi Dollo postiert, mit dem Plan, sie zu töten. Aufgrund der Drohungen war sie im September 2025 gezwungen, die Schule zu verlassen, obwohl sie noch in der fünften Klasse war.

„Ich lebe jeden Tag in Angst“, sagte Mikaa'el. „Ich kann nicht ruhig schlafen, weil ich ständig darüber nachdenke, ob mich jemand angreifen wird. Manchmal fühle ich mich gefangen, weil es keinen sicheren Ort gibt, an dem ich bleiben kann. Ich bin gerne zur Schule gegangen und wollte weiterlernen und eine bessere Zukunft haben. Aber die Drohungen wurden ernst, und ich musste meine Schulausbildung abbrechen.“

Trotz ihrer Angst sagte Mikaa'el, sie habe sich geweigert, Jesus zu verleugnen, um irgendjemandem zu gefallen – selbst wenn dies bedeute, ihre Familie oder ihr Leben zu verlieren.

„Ich weiß, dass die Nachfolge Christi Leid in mein Leben gebracht hat, aber ich kann nicht mehr zurück“, sagte sie. „Jesus hat mir Hoffnung gegeben, auch wenn ich mich allein fühle. Ich bete jeden Tag, dass Gott mich beschützt. Ich hätte nie gedacht, dass meine Familie mich wegen meines Glaubens hassen würde. Manchmal weine ich und fühle mich allein, besonders nachdem ich die Unterstützung meiner Familie verloren habe. Aber ich glaube immer noch, dass Gott auch in diesem Leid bei mir ist.“

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Bergkarabach: Kritik an von der Leyens Schweigen

Sie nannte Aserbaidschans Präsidenten einen Friedensstifter

München (IDEA) – Die Menschenrechtsorganisation Christian Solidarity International (CSI/München) hat scharfe Kritik am Auftreten von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei ihrem jüngsten Besuch im Südkaukasus geübt. Am 1. Juli hatte sie in Aserbaidschans Hauptstadt Baku den dortigen Machthaber Ilham Alijew getroffen und ihn als Friedensstifter gewürdigt – ohne die Vertreibung von rund 150.000 christlichen Armeniern aus Bergkarabach im September 2023 oder das Schicksal armenischer Gefangener in Aserbaidschan zu erwähnen, so CSI in einer Pressemitteilung. Stattdessen habe von der Leyen Alijew dazu gratuliert, dass er die Initiative zu einem „historischen Friedensabkommen mit Armenien“ ergriffen habe. Von der Leyen sagte zu ihm: „Sie haben persönliche Führungsstärke gezeigt bei der Förderung von Frieden und Zusammenarbeit in der ganzen Region.“ Statt den Flüchtlingen eine Rückkehr in ihre Heimat in Aussicht zu stellen, siedele Alijew im entvölkerten Bergkarabach nun aserbaidschanische Landsleute an, kritisierte CSI. Das armenisch-christliche Erbe werde systematisch zerstört.

Kritik auch am Armenien-Besuch

Auch beim folgenden Besuch in Armenien am 2. Juli thematisierte von der Leyen weder die Vertreibungen in Bergkarabach noch das fehlende Rückkehrrecht der Vertriebenen oder das Schicksal der Geiseln. Stattdessen lobte die EU-Kommissionspräsidentin die [jüngsten Parlamentswahlen](#) im Land: „Das armenische Volk hat sich für Reformen und eine engere Partnerschaft mit unserer Union entschieden.“ Die Inhaftierung und Einschüchterung armenischer Oppositioneller spiele in den Überlegungen der EU-Kommission keine Rolle, kritisierte die Menschenrechtsorganisation. Noch immer stünden Gegner von Ministerpräsident Nikol Paschinjan unter Hausarrest.

Vorwürfe gegen den Vatikan

Ferner verwies CSI auf einen Bericht der katholischen US-Plattform „The Pillar“, wonach die Bergkarabach-Armenier „enttäuscht“ und „frustriert“ über die Position der katholischen Kirche seien. Dem Vatikan wird vorgeworfen, sich kaum für die Bewahrung des christlichen Erbes in der Region eingesetzt zu haben. Gleichzeitig finanzierten aserbaidschanische Organisationen die Renovierung vatikanischer Stätten. Angesichts des internationalen Schweigens hat CSI den UN-Menschenrechtsrat aufgefordert, entschlossen auf die Vertreibung der Armenier aus Bergkarabach zu reagieren. Es handele sich um „eine der umfassendsten ethnischen Säuberungskampagnen der modernen Geschichte“.

China: „Geste guten Willens“- Pastor frei und darf in die USA ausreisen

US-Menschenrechtler danken Präsident Trump und Außenminister Rubio

Peking/Washington (IDEA) – In China ist der evangelische Pastor und Gründer der „Kirche von Zion“, Jin (Ezra) Mingri, am 4. Juli aus der Haft entlassen worden und in die USA ausgereist. Das hat die christliche Menschenrechtsorganisation ChinaAid (Midland/US-Bundesstaat Texas) bestätigt. Der 57-Jährige war im Oktober 2025 zusammen mit mehr als 30 Christen festgenommen worden. Die Behörden warfen ihnen illegale Verbreitung religiöser Informationen vor. Jin hatte 2007 die staatlich nicht registrierte „Kirche von Zion“ in Peking gegründet, die die Behörden elf Jahre später auflösten. Dennoch treffen sich weiter Tausende von Mitgliedern zu Gottesdiensten in zahlreichen Städten. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA hatten Jin im Januar 2026 als „[Gefangenen des Monats](#)“ X benannt und dazu aufgerufen, sich für ihn einzusetzen. Laut ChinaAid teilten ihm chinesische Beamte jetzt mit, dass seine Freilassung auf Gespräche zwischen US-Präsident Donald Trump und dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping zurückzuführen sei und als „Geste des guten Willens“ zum 250. Jahrestag der US-Unabhängigkeitserklärung am 4. Juli erfolge. Der Gründer und Präsident von ChinaAid, Pastor Bob Fu, erklärte dazu: „Wir danken dem allmächtigen Gott, dass er die Gebete seines Volkes erhört hat. Unser tiefster Dank gilt US-Präsident Donald Trump, Außenminister Marco Rubio und allen US-Beamten, die unermüdlich im Hintergrund gearbeitet haben, um die Freilassung von Pastor Jin zu erreichen. Ihr unerschütterliches Engagement zeigt, dass prinzipientreue Führung und beharrliche Diplomatie Leben retten können.“

X <https://akref.ead.de/01012026-china-gefangener-des-monats-januar-2026/>

Deutschland: "Die Kirche sollte sich mit Kritik an Israel zurückhalten"

Landesbischof Ernst-Wilhelm Gohl wies auf den zunehmenden Antisemitismus hin

Stuttgart (IDEA) – Die Kirche sollte sich mit öffentlicher Kritik an Israel zurückhalten. Das mahnte Landesbischof Ernst-Wilhelm Gohl (Stuttgart) am 3. Juli in seinem Bericht vor der in Stuttgart tagenden Landessynode an. Solidarität mit der palästinensischen Hamas oder der libanesischen Hisbollah sei falsch und helfe auch nicht den Palästinensern. Seit dem [Überfall](#) der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 habe auch in Deutschland der Antisemitismus in einem Maß zugenommen, das er zuvor nicht für möglich gehalten habe. Die extreme Rechte pflege alte Verschwörungsmymen, und die politische Linke wende „in moralischer Überhöhung postkoloniale Thesen“ gegen Israel. „Die jüdischen Gemeinden brauchen unsere Solidarität mehr denn je.“ Gleichzeitig verurteilte er Angriffe auf Repräsentanten christlicher Gemeinden in Jerusalem und verwies auf die innerisraelische Kritik an der dortigen Regierung unter Premierminister Benjamin Netanjahu.

Jüdisches Leben in Stuttgart stark bedroht

Christian Gehring (Kernen im Remstal) vom theologisch konservativen Gesprächskreis „Lebendige Gemeinde“ erinnerte in der Aussprache daran, dass sich nur wenige hundert Meter von dem Tagungsgebäude der Landessynode entfernt eine jüdische Synagoge befinde. Den Menschen dort schlage jeden Tag Hass und Hetze entgegen. Wenn sie das Gebäude verließen, legten sie ihre Kippa ab, weil sie Anfeindungen fürchteten. Jüdische Kinder könnten Kindergärten nur unter hohen Sicherheitsmaßnahmen und geschützt von bewaffnetem Wachpersonal besuchen. Jeder Mensch, der vor einer Synagoge demonstriere und Juden „angehe“, sei kein Israelkritiker, sondern ein Antisemit. Gerade jetzt müsse man die Beziehungen zu den jüdischen Gemeinden vertiefen.

Leid nicht gegeneinander aufrechnen

Die Synodale Elisabeth Holm (Tübingen) vom linksliberalen Gesprächskreis „Offene Kirche“ forderte, Antisemitismus entschieden entgegenzutreten und zugleich das Leid der Palästinenser klar zu benennen. Menschliches Leid dürfe niemals gegeneinander aufgerechnet werden. So trauere man um die Opfer des Terroranschlags vom 7. Oktober 2023 und sehe die Angst der Juden sowie den zunehmenden Antisemitismus, der sie bis heute bedrohe. Zugleich nehme man das „unermessliche Leid“ der palästinensischen Zivilbevölkerung wahr. Diese erleide „Gewalt, Vertreibung, Hunger und massenhaften Tod in einem Genozid“. Die Synodaltagung endet am 4. Juli. Im Gegensatz zu allen anderen Landeskirchen werden die württembergischen Synodalen per Urwahl direkt von den Kirchenmitgliedern gewählt. Die beiden größten Gesprächskreise in der 17. Landessynode sind die „Lebendige Gemeinde“ und die „Offene Kirche“ mit je 31 Sitzen. Darauf folgen die Reforminitiative „Kirche für morgen“ (18) und die Mitte-Gruppierung „Evangelium und Kirche“ (10). Die württembergische Landeskirche ist mit rund 1,72 Millionen Mitgliedern in 938 Gemeinden die fünftgrößte Gliedkirche der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

Deutschland: Erneuter Anschlag auf ehemaliges freikirchliches Café

Leipzig: Geschlossenes „Stay“-Café mit Parolen und Anarcho-Zeichen beschmiert

Leipzig (IDEA) – Auf das frühere Café „Stay“ der freikirchlichen Zeal Church im Leipziger Stadtteil Reudnitz ist erneut ein Anschlag verübt worden. Unbekannte beschmierten in der Nacht zum 5. Juli die Schaufenster und die Fassade des inzwischen geschlossenen Cafés mit Anarcho-Zeichen – einem A in einem O – sowie Graffiti-Botschaften wie „Verpissst euch“, „Schweine“ und „Stonewall was a riot“ (Stonewall war ein Aufstand). Der Satz verweist auf die sogenannten Stonewall-Unruhen im Jahr 1969 in New York. Damals wehrten sich Besucher nach einer Polizeirazzia in der Schwulenbar „Stonewall Inn“ gegen Polizeigewalt und Diskriminierung. Dieses Ereignis gilt als der Startpunkt der modernen weltweiten LGBTQ-Bewegung.

160.000 Euro Schulden durch Angriffe

Das Café hatte Ende Juni nach einer Serie von Angriffen [geschlossen](#). Nach Angaben des Pastors der Zeal Church, René Wagner, war es in etwas über zwei Jahren insgesamt 26-mal attackiert worden – unter anderem mit Buttersäure, eingeworfenen Fensterscheiben und Schmierereien. Nach den Buttersäure-Anschlägen kam es zu mehrwöchigen Schließzeiten. Der Umsatz habe sich danach nicht mehr erholt. Die Betreiber hatten nach eigenen Angaben ursprünglich 100.000 Euro in das Café investiert. Zuletzt hätten sich [Schulden](#) in Höhe von rund 160.000 Euro angehäuft. Wegen der anhaltenden Angriffe, Reparaturkosten, Investitionen in Sicherheit und Umsatzrückgängen sei der Betrieb nicht mehr fortzuführen gewesen. Den sieben Mitarbeitern wurde gekündigt. Zudem rufen die Verantwortlichen über die Internetseite „GoFundMe“ zu Spenden auf, um die aufgelaufenen Schulden zu begleichen.

„Antichristliche Hassverbrechen“

Das Café war nach Darstellung der Gemeinde nicht als ausdrücklich christliches Lokal gedacht, sondern als Begegnungsstätte für den Stadtteil. Pastorin Deborah Wagner sagte gegenüber IDEA: „Wir sind kein christliches Café, aber unsere Werte sind christlich.“ Kritiker warfen den Betreibern Queerfeindlichkeit vor. Wagner wies das zurück: „Wir sind niemals in irgendeiner Weise feindlich. Alle sind willkommen, wir machen da keinen Unterschied.“ Das Einzige, was man der Gemeinde vorwerfen könne, sei, dass sie keine gleichgeschlechtlichen Trauungen vornehme. Pastor René Wagner hatte angesichts der Angriffe erklärt: „Ich wünsche mir, dass antichristliche Hassverbrechen die gleiche Aufmerksamkeit bekommen wie andere Gewalttaten.“ Die Zeal Church gehört zum Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden (BFP).

Deutschland: Muslimischer Busfahrer unterbricht Linienfahrt für Gebet

Bayern: Stadtwerke Landshut entschuldigen sich bei Fahrgästen

Landshut (IDEA) – Ein Busfahrer hat während einer Linienfahrt im niederbayerischen Ergolding einen mehrminütigen außerplanmäßigen Stopp eingelegt, um zu beten. Das berichtete der TV-Sender [Sat.1 Bayern](#). In dem Beitrag heißt es, der Mann habe den Bus an einer Haltestelle gestoppt, sei nach hinten in den Bus gelaufen und habe dort seinen Gebetsteppich ausgerollt. Die Fahrgäste hätten überrascht, aber auch verunsichert reagiert. Die [Stadtwerke Landshut](#) dementierten in einer Stellungnahme, dass der Mann einen Gebetsteppich ausgerollt hat. Nach deren Darstellung ereignete sich der Vorfall bereits am 30. Juni gegen 17.30 Uhr. Zu diesem Zeitpunkt hätten sich drei Fahrgäste im Bus befunden. Das Verkehrsunternehmen entschuldigte sich „ausdrücklich bei allen betroffenen Fahrgästen für die Situation und daraus folgenden entstandenen Verzögerungen“. Während des Linienbetriebs hätten die Fahrer „ausschließlich ihre dienstlichen Aufgaben wahrzunehmen“, so die Stadtwerke. Private Angelegenheiten dürften den Fahrbetrieb „keinesfalls beeinträchtigen oder zu Verzögerungen für unsere Fahrgäste führen“. Zugleich betonte das Unternehmen: „Wir respektieren den Glauben unseres Kollegen. Ein Gebet kann während der vorgesehenen Pausenzeiten erfolgen.“ Der Vorfall sei intern umfassend aufgearbeitet worden. Zu möglichen arbeitsrechtlichen Maßnahmen oder zu einem laufenden Verfahren äußere man sich aus Datenschutz- und Persönlichkeitsgründen nicht öffentlich.

Großbritannien: Messerangriff auf Journalist

London bestellt Geschäftsträger der iranischen Botschaft ein

(Von Israelnetz vom 8. Juli 2026) Die britische Regierung hat am Dienstag den Geschäftsträger der iranischen Botschaft, Ali Nasimfar, einbestellt. Nasimfar ist derzeit der höchste politische Vertreter des Regimes in Großbritannien. Hintergrund ist ein Messerangriff auf den Journalisten Puria Seraati vom Nachrichtenportal „Iran International“. Im März 2024 hatten ihm zwei Rumänen vor seinem Wohnhaus aufgelauert. Ein Gericht stellte am Freitag fest, dass die beiden Täter im Auftrag des Iran handelten. Das Außenministerium erklärte, die Versuche Teherans, die britische Souveränität zu unterwandern seien „vollkommen inakzeptabel“. (df)

Indien: Feindseligkeiten zwischen Sikh und Christen

Die Ehefrau eines Pastors, der diese Woche in Indien fälschlicherweise in einem Strafverfahren genannt wurde, beantragte die Festnahme eines Sikh-Mannes, der im Verdacht steht, am 14. Juni ihr Kirchengebäude und ihr Wohnhaus in Brand gesetzt zu haben.

Pastor Prakash Singh, 46, floh im Mai aus seinem Haus im Bezirk Amritsar im nordwestindischen Bundesstaat Punjab, nachdem der mutmaßliche Brandstifter ihn fälschlicherweise in einer Anzeige wegen Körperverletzung im Zusammenhang mit einer Auseinandersetzung mit anderen Gemeindemitgliedern namentlich genannt hatte. Seitdem hält er sich versteckt.

Pastor Singh lebte im Dorf Nawa Pind. Sein Sikh-Nachbar, Jaspal Singh alias Kalu, äußerte sich wiederholt abfällig über ihren christlichen Glauben und forderte sie mehrfach auf, das Dorf zu verlassen, „sonst werden wir euch hier nicht friedlich leben lassen“, so Pastor Singh.

Am 18. Mai kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen Kalu und einem Kirchenmitglied, das nur als Rahul identifiziert wurde und das sich zusammen mit Freunden für eine Schlägerei rächte, bei der Kalu ihn am Vortag geschlagen hatte. Kalu erstattete daraufhin auf der Polizeiwache in Jandiala Anzeige wegen Körperverletzung gegen neun Personen, darunter Pastor Singh und seinen 18-jährigen Sohn Anand Singh. Am 28. Mai wurde ein Erstanzeigebericht (FIR Nr. 163) aufgenommen.

Pastor Singh sagte, er habe sich zum Zeitpunkt der Auseinandersetzung auf einer Baustelle befunden, wo er als Tagelöhner arbeitet, und habe Zeugen, die dies bestätigen könnten.

Als der Pastor Kalus Bruder zur Rede stellte, warum er und sein Sohn in der Anzeige genannt worden seien, räumte der Bruder deren Nichtbeteiligung ein. Dennoch drohte er Pastor Singh und sagte, er werde die Familie angreifen, sollten sie versuchen, nach Hause zurückzukehren.

„Unter dem Vorwand der persönlichen Auseinandersetzung hat Kalu Pastor Prakash und seinen Sohn absichtlich wegen ihres christlichen Glaubens namentlich genannt“, erklärte Pastor Puran Shafri, Vorsitzender der All India Christian Samaaj Bhalai Dal (Amritsar), gegenüber Morning Star News. „Wir verfügen über eine Tonaufnahme, in der Kalus Bruder die Unschuld des Pastors und seines Sohnes bestätigt.“

Die von Shafri geleitete Gruppe ist eine regionale Organisation, die sich für das Wohlergehen, die soziale Förderung und die Rechte der christlichen Gemeinschaft in Punjab einsetzt. Er wies darauf hin, dass gegen Kalu bereits mehrere Verfahren wegen mutmaßlichen Drogenhandels, Verstößen gegen das Waffengesetz und anderer Straftaten laufen.

Brandstiftung

Am 14. Juni gegen 19 Uhr, während sich die Familie Singh meilenweit entfernt befand, informierten Nachbarn sie darüber, dass ihr Kirchengebäude und ihr Haus in Brand gesetzt worden waren.

Anwohner und die Feuerwehr arbeiteten gemeinsam daran, den Brand zu löschen.

Die Frau des Pastors, Paramjit Kaur, kehrte am nächsten Tag zurück und stellte fest, dass das Feuer Möbel, Haushaltsgeräte, wichtige persönliche Dokumente, 16 Bibeln sowie weitere christliche Materialien und Musikinstrumente zerstört hatte. Bargeld im Wert von 142 Dollar wurde gestohlen.

Während ihres Besuchs warf Kalu, der im Erdgeschoss seines Hauses stand, einen Ziegelstein nach Kaur, als sie vorbeiging, und verfehlte sie dabei nur knapp, wie sie berichtete. In Panik floh sie zur Polizeiwache, ließ dabei ihre Tür offen und erstattete Anzeige.

Ein kriminaltechnisches Team untersuchte anschließend die Brandursache und stellte fest, dass zum Zeitpunkt des Brandes kein Strom im Bereich vorhanden war, was einen Kurzschluss ausschließt und auf vorsätzliches feines Spiel hindeutet. Der schriftliche Bericht des Teams wurde bislang noch nicht veröffentlicht.

Am 16. Juni wurde von Kaur unter der FIR-Nr. 192 eine Anzeige gegen Kalu gemäß dem „Bharatiya Nyaya Sanhita“ (BNS) von 2023 wegen „Sachbeschädigung durch Verletzung, Überschwemmung, Brand oder explosive Substanzen“ erstattet.

Pastor Singh sagte, er glaube, dass Kalu „über das Dach in das Haus eingedrungen sei und eine brennbare Substanz versprüht habe, wodurch das gesamte Haus in Brand gesetzt wurde“.

Bemerkenswerterweise werde in der Strafanzeige weder auf das Verbrennen der Bibeln noch auf das religiöse Motiv hinter der Brandstiftung Bezug genommen, sagte er.

Shafri forderte, Kalu nach dem Punjab-Gesetz gegen Sakrileg anzuklagen, und erklärte, die Zerstörung religiöser Schriften rechtfertige eine Strafverfolgung nach diesem Gesetz.

„Dies fällt unter das ‚Beadbi-Gesetz‘ von Punjab, und der Täter sollte nach diesem Gesetz zur Rechenschaft gezogen werden“, sagte Shafri gegenüber Morning Star News.

Am Sonntag (28. Juni) wandten sich Pastor Singh, Kaur, Shafri und weitere christliche Führungskräfte mit zwei schriftlichen Petitionen an Jatinder Masih Gaurav, den Vorsitzenden der Minderheitenkommission des Bundesstaates Punjab.

In der ersten Petition forderte Kaur, dass der Strafanzeige Nr. 192 zusätzliche, dem Gesetz entsprechende Paragraphen hinzugefügt werden.

„Wir haben triftige Gründe zu der Annahme und sind fest davon überzeugt, dass Jaspal Singh alias Kalu der alleinige Täter dieser Brandstiftung ist, die ausschließlich aus Hass gegenüber der christlichen Religion begangen wurde“, erklärte Kaur in einer Übersetzung aus dem Gurmukhi.

Sie beantragte offiziell die Aufnahme einer Strafanzeige gegen Jaspal Singh alias Kalu gemäß den entsprechenden Gesetzesparagraphen sowie die Aufnahme zusätzlicher Anklagepunkte in die Strafanzeige Nr. 192; seine sofortige Festnahme und strafrechtliche Verfolgung; angemessene Sicherheit und Schutz für die Familie angesichts der Befürchtung weiterer Angriffe; sowie strenge rechtliche Schritte wegen der vorsätzlichen Zerstörung religiöser Schriften.

Die zweite Petition forderte die Streichung der Namen von Pastor Singh und Anand Singh aus der Strafanzeige Nr. 163.

Die Kommission hat den Bezirkspolizeichef und den Polizeidienstleiter im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit für den 6. Juli nach Chandigarh vorgeladen.

Am Mittwoch (1. Juli) traf sich die Gruppe zusammen mit anderen christlichen Führern mit Harmandeep Singh Gill, dem Generaldirektor der Polizei, und reichte ähnliche Anträge ein, in denen Maßnahmen gegen die falsche Strafanzeige und die Brandstiftung gefordert wurden.

„Der Generaldirektor der Polizei versicherte uns, dass der Täter festgenommen und eine ordnungsgemäße Untersuchung durchgeführt wird, um die Namen von Pastor Prakash und Anand aus der Anzeige zu streichen“, sagte Shafri gegenüber Morning Star News.

Der Pastor und seine Frau hatten mit ihrem Sohn im Teenageralter und einer erwachsenen Tochter auf dem Gelände gewohnt und waren gerade dabei, ihre Wohnung im ersten Stock des Gemeindesaals einzurichten. Ihre Gemeinde, die Pastor Singh im Jahr 2022 gegründet hatte, zählt 35 bis 40 Mitglieder, die an den Sonntagsgottesdiensten teilnehmen.

Indien belegte auf der „World Watch List“ 2026 von Open Doors, die die Länder auflistet, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein, den 12. Platz – eine Verbesserung gegenüber dem 31. Platz im Jahr 2013, bevor Premierminister Narendra Modi an die Macht kam.

<https://morningstarnews.org/2026/07/pastor-in-india-faces-false-charge-burned-church-building/>

Iran: Der ältesten evangelischen Kirche in Teheran droht die Enteignung

(HMK Hilfe für Mensch und Kirche <info@hmk-aem.ch>) Nur wenige Wochen nach der Zerstörung einer historischen evangelischen Kirche in Maschhad. Dadurch verlieren Christen ihr Zuhause und einen der letzten Orte ihres Glaubens.

Iran: Historische Kirche in Teheran vor Beschlagnahmung

Bewohner des Kirchengeländes zur Räumung aufgefordert

Teheran/London (IDEA) – Die presbyterianische St.-Peter-Kirche in der iranischen Hauptstadt Teheran steht vor der Beschlagnahmung durch den iranischen Staat. Die im Kirchenkomplex lebenden armenischen und assyrischen Familien wurden zur Räumung ihrer Wohnungen aufgefordert, den Gottesdienstbesuchern wurde bedeutet, sich eine andere Kirche zu suchen. Das berichtet die christliche britische Hilfsorganisation Article18 (London). Die St.-Peter-Kirche wurde von amerikanischen Missionaren auf einem vom iranischen Monarchen Nāser ad-Din Schāh (1831–1896) gestifteten Grundstück gegründet und 1876 eingeweiht. Sie dient damit seit fast 150 Jahren der kleinen protestantischen Gemeinde Teherans und war lange ein Anlaufpunkt für Armenier und Assyrer im Iran, deren Zahl seit der Ausrufung der Islamischen Republik 1979 massiv zurückgegangen ist. Das Kirchengrundstück soll rund vier Hektar groß und mit seiner zentralen Lage in der Hauptstadt mehrere zehn Millionen Dollar wert sein. Zum Komplex gehören auch zwei Schulen und Dutzende Wohnhäuser.

Urteil für Beschlagnahme ist fast 30 Jahre alt

Nach Angaben von Article18 bildet die Grundlage der Enteignung ein Urteil eines Revolutionsgerichts aus dem Jahr 1998, das das Grundstück der staatlichen Stiftung „Execution of Imam Khomeini’s Order“ (EIKO/Vollstreckung des Befehls von Imam Chomeini) zuspricht. Der für St. Peter zuständige Rat der Evangelischen Kirchen Iran soll erst 2008 von dem zehn Jahre alten Urteil erfahren und erfolglos Protest eingelegt haben. Die Islamische Republik verweigert dem Rat seit 1980 die Erneuerung seiner Registrierung. Zuvor soll die EIKO bereits andere Kirchen in anderen Städten konfisziert haben. Am 4. Juni zerstörten die Revolutionsgarden zudem ein offizielles evangelisches Kirchengebäude in der nordostiranischen Stadt Maschhad. Am 10. Juni wurde außerdem die St.-Nikolaus-Kirche in Teheran von Unbekannten überfallen. Sie die einzige staatlich anerkannte russisch-orthodoxe Gemeinde im Land.

20 Familien müssen binnen zwei Wochen ausziehen

Wie der frühere Pastor der Kirche, Sargez Benyamin, gegenüber der US-Publikation „The Free Press“ berichtet, seien die 20 dort lebenden armenischen und assyrischen Familien angewiesen worden, binnen zwei Wochen auszuweichen. Die meisten Familien lebten seit Jahren dort, hätten geringe Einkommen und „keine Chance, ohne die Unterstützung der Kirche zu überleben“, so Benyamin. Den Gemeindeleitern sei mit Verhaftung gedroht worden, falls die Familien der Aufforderung nicht nachkämen. Nach Angaben des in den USA lebenden iranisch-presbyterianischen Pastors Sasan Tavassoli, der in direktem Kontakt mit St. Peter steht, habe das Regime lange davor zurückgeschreckt, gegen die älteste protestantische Kirche des Landes vorzugehen – aus Furcht vor einer Reaktion der USA. Diese Furcht sei inzwischen verschwunden. Medienberichten zufolge suchten Ende Juni sechs Agenten des Geheimdienstministeriums das Gelände der Kirche auf und blieben dort mehrere Stunden. Sie hätten sogar Essen mitgebracht und den Bewohnern erklärt: „Wir sind gekommen, damit ihr euch an unsere Anwesenheit gewöhnt.“

Ebadi: „Gleiche Logik der Beschlagnahmung“

Der Druck auf St. Peter ist laut Article18 das jüngste Beispiel dafür, wie das protestantische Christentum seit der Gründung der Islamischen Republik 1979 schrittweise zurückgedrängt wird. Bereits vor mehr als zehn Jahren war die Gemeinde gezwungen worden, ihre persischsprachigen Gottesdienste einzustellen, um zu verhindern, dass Konvertiten aus dem Islam sie besuchen. Von einst rund 50 protestantischen Kirchen – überwiegend presbyterianisch, pfingstkirchlich und anglikanisch – dürfen heute nur noch etwa ein Dutzend offiziell arbeiten. Sie müssen ihre Gottesdienste in den Minderheitensprachen Assyrisch oder Armenisch abhalten.

Die iranische Menschenrechtsanwältin und Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi bezeichnete das Vorgehen gegen St. Peter als „Fortsetzung derselben Politik, die seit Jahren gegen iranische Christen, insbesondere christliche Konvertiten, verfolgt wird“, schrieb sie auf ihrem Telegram-Kanal. „Es ist dieselbe Logik der Beschlagnahmung: Zuerst werden Bürger ihrer offensichtlichen Rechte beraubt, dann wird ihre Religionsausübung verboten, anschließend werden ihnen ihre Wohnungen und Kirchen weggenommen, und schließlich werden sie aus ihren Häusern und ihrem angestammten Eigentum vertrieben.“ Auch die deutsch-iranische Journalistin Daniela Sepehri (Berlin) machte auf Instagram auf die drohende Enteignung der Kirche aufmerksam. Nach eigenen Angaben habe sie als Kind mit ihrer Familie dort die Gottesdienste besucht. Sie rief dazu auf, den Fall stärker in die Öffentlichkeit zu tragen. Von den rund 90 Millionen Einwohnern des Landes sind etwa 98 Prozent Muslime. Der Anteil der Christen liegt laut Schätzungen christlicher Hilfswerke zwischen 0,7 und 0,9 Prozent.

Iran: Weitere beunruhigende Informationen

(IGFM) Am Montag, dem 29. Juni, fanden in verschiedenen Teilen des Iran mindestens vier Protestaktionen statt. Einige Landwirte protestierten gegen die Wasserkrise, während Fahrer vor dem Präsidentenpalast demonstrierten und Arbeiter im Norden des Landes ausstehende Löhne einforderten. Proteste wie diese finden täglich in verschiedenen Teilen des Iran statt und betreffen ein breites Spektrum von Arbeitnehmern. Die Arbeitsbedingungen im Iran sind hart und die instabile Wirtschaftslage zwingt die Menschen dazu, noch härter zu arbeiten, während die Inflation außer Kontrolle gerät.

Im Iran werden nach wie vor viele Zivilisten ohne Grund festgenommen und müssen auf ihr Verfahren und ihren Prozess warten. Dieser Druck lastet sowohl auf den Gefangenen als auch auf ihren Familien. Viele Gefangene werden von den Gefängnisbehörden vernachlässigt und erhalten keine medizinische Versorgung. Dadurch verschlimmert sich ihr ohnehin kritischer Gesundheitszustand weiter.

Opfer der Islamischen Republik:

In der Nacht des 8. Januar tanzte der 38-jährige **Siyavash Shirzad** mit einer Gruppe kurdischer Jugendlicher rund um den Poonak-Platz in Teheran, als plötzlich das Feuer auf die Gruppe eröffnet wurde, dabei starben zweiundzwanzig junge Menschen und Siavash verletzt wurde. Er starb aufgrund mangelnder Versorgung und starken Blutverlusts.

Regimeschergen der Islamischen Republik haben am Freitag, dem 25. Juni 2026, im Erholungsgebiet in Kerman auf den 19-jährigen **Amir-Mohammad Kazemi** geschossen. Die Kugel traf ihn am Kopf und er erlag seinen Verletzungen. Der Beschuss erfolgte nach offiziellen Angaben, weil angeblich die Lautstärke der Musik in seinem Auto während des heiligen Monats der Schiiten (Muharram) zu hoch eingestellt war.

Israel - USA: Ein mythisches Verhältnis

Die USA pflegen eine einzigartige, oft mit der Bibel begründete Verbundenheit mit Israel. Im 250. Jahr ihres Bestehens sind diese Beziehungen stark wie nie, stehen zugleich aber wie nie zuvor infrage.

(Israelnetz/ Von Daniel Frick/ 3. Juli 2026) John F. Kennedy war noch Präsidentschaftskandidat der Demokraten, als er einen für die amerikanische Politik der folgenden Jahrzehnte maßgeblichen Gedanken formulierte: „Freundschaft mit Israel ist keine Parteisache. Sie ist eine nationale Verpflichtung“, sagte der damals 43-Jährige Ende August 1960 bei der Zionistischen Organisation von Amerika. Seiner Ansicht nach stand der Zionismus für den Wert der Freiheit, und alle Parteien wie auch alle Amerikaner unterstützten dies.

In der Folgezeit schufen die USA und Israel eine immer engere Allianz, die viele als „besondere Beziehungen“ beschreiben – eine Wendung, die ebenfalls auf Kennedy zurückgeht. Diese Allianz zeigt sich in militärischer Zusammenarbeit, aber auch in politischem Rückhalt. Nicht selten waren die USA das einzige größere Land, das bei den Vereinten Nationen für Israel eintrat.

Auf die Frage, warum es zu dieser engen Beziehung gekommen ist, gibt es viele Antworten: Die Gegebenheiten des Kalten Krieges etwa oder der Umstand, dass im 20. Jahrhundert viele Juden in den USA ihre Heimat gefunden haben. Ein wesentlicher Grund liegt aber auch darin, dass sich die USA von Anfang an als eine „auserwählte Nation“ sahen, sogar als „neues Israel“. Damit bestand eine gewisse Seelenverwandtschaft mit dem Volk, das aufgrund biblischer Aussagen als von Gott auserwählt gilt. Zudem deuteten viele christliche Kreise den Staat Israel religiös und sahen dessen Unterstützung als selbstverständlich an.

Foto: Deutsche Presse-Agentur, Agence France-Presse | [Public Domain Mark 1.0](#) US-Präsident John F. Kennedy (l.) hob einst die „besonderen Beziehungen“ zwischen Israel und den USA hervor. Im Mai 1961 traf er sich mit dem israelischen Premier David Ben-Gurion in New York.

Wenn die USA in diesem Juli ihr 250-jähriges Bestehen feiern, lässt sich festhalten, dass die Beziehungen zwischen den beiden Ländern eng wie nie sind. Das zeigt sich etwa am [ersten gemeinsam begonnenen Waffengang](#) gegen den gemeinsamen Erzfeind Iran Ende Februar. Diese Verbundenheit hängt allerdings stark am Personal im Weißen Haus: Im breiteren politischen Umfeld wie auch in der Gesellschaft sind die Beziehungen umstritten wie nie. Nicht selten tragen die dabei erhobenen Vorwürfe antisemitische Töne, etwa wenn die Rede ist von einer angeblich übermächtigen „Israel-Lobby“.

Biblich inspirierte Pioniere

Schon die ersten amerikanischen Siedler haben sich von biblischen Geschichten und Motiven inspirieren lassen. Sie sahen sich in der Tradition der Israeliten, die der ägyptischen Knechtschaft in ein verheißenes Land entflohen. Es galt, ein „Neues Zion“ zu schaffen. 1776 schrieb einer der Gründungsväter, Thomas Paine (1737–1809), die amerikanische Revolution biete die Chance, wie es sie „seit den Tagen Noahs“ nicht gegeben habe, nämlich „die Welt von Neuem zu starten“ mit dem Ziel einer besseren Gesellschaft.

Diese Auffassung führte zu der Ansicht, die USA seien „Gottes neues Israel“. Der Geistliche Abiel Abbott (1770–1828) meinte etwa in einer Predigt zum Erntedankfest 1799: „Es wurde oft gesagt, dass das amerikanische Volk einer Angleichung an das alte Israel näher kommt als irgendeine andere Nation auf dem Erdkreis. Daher ist ‚Unser amerikanisches Israel‘ eine verbreitete Wendung, und allgemeine Zustimmung erachtet sie als treffend und angemessen.“

Zur Mitte des 19. Jahrhunderts war dann das Motiv der „offenkundigen Bestimmung“ prägend. Damit versuchten die Befürworter einer Gebietsausweitung nach Westen dieser Unternehmung höhere Weihen zu verleihen. In dieser Sicht war es ein von Gott oder zumindest von der Vorsehung vorherbestimmtes Schicksal, sich das Land anzueignen, ähnlich wie es bei der Landnahme der Israeliten der Fall war. Umgekehrt galt die Warnung in der Tradition biblischer Prophetie, dass bei einem fragwürdigen Lebensstil „Vertreibung“ aus dem „verheißenen Land“ droht.

Diese Verquickung von Glaube und Patriotismus hält sich bis heute und gehört zu den Gründen, warum die USA oft polarisieren. Während dabei sicher oft das Anliegen vorherrscht, das Land nach dem Willen Gottes zu gestalten, sehen Kritiker in manchen Auswüchsen auch einen unbiblischen „christlichen Nationalismus“ am Werk.

Frühform des christlichen Zionismus

Biblich inspirierte Taten fanden auch den Weg in die umgekehrte Richtung, nämlich als Unterstützung für den Zionismus, lange bevor dieses Phänomen im heutigen Sinn aufkam. 1819 begaben sich Missionare aus Boston in das Heilige Land mit dem Ziel, die Voraussetzungen für einen Judenstaat zu schaffen – 77 Jahre, bevor Theodor Herzl (1860–1904) seine Programmschrift „Der Judenstaat“ veröffentlichte. Sie sahen die „Wiederherstellung“ der Juden in ihrem Land als nach wie vor gültiges Versprechen Gottes und als Voraussetzung für die Rückkehr des Messias.

In den folgenden Jahrzehnten wuchs bei den Amerikanern das Interesse an Reisen nach Palästina und zu den biblischen Stätten, auch als Folge der Zweiten Großen Erweckungsbewegung (1790–1840) und aus dem Bedürfnis, die Bibel besser zu verstehen. Allerdings erlebten die Reisenden vor Ort oft Ernüchterung angesichts eines verwahrlosten Landes, „ganz und gar dem Unkraut überlassen“, wie der Schriftsteller Mark Twain (1835–1910) es nach seiner Palästina-Reise 1867 beschrieb.

Ein grausames Schicksal hatte wenige Jahre zuvor die „Amerikanische Landwirtschaftsmision“ ereilt. Auch hier waren die Akteure um Clorinda Minor (1806–1855) und Walter Dickinson (1799–1860) von dem Anliegen beseelt, die Rückkehr der Juden ins Land zu fördern. Sie betrieben mit Gesinnungsgenossen aus Deutschland den Landhof „Mount Hope“ bei Jaffa unter harschen Bedingungen. Der Mission war auch deswegen wenig Erfolg beschieden, weil die Juden den Enthusiasmus dieser frühen christlichen Zionisten nicht teilten. Im Januar 1858 fand sie ein jähes Ende, als Beduinen den Hof überfielen, dabei Männer töteten, Frauen vergewaltigten und Häuser ausraubten.

Petition mit religiösem Argument

Der Geist ihres Anliegens blieb in den USA jedoch wach. Im Jahr 1891 forderte eine Petition Präsident Benjamin Harrison (1889–1893) dazu auf, amerikanischen Einfluss zu nutzen, um einen „jüdischen Staat im Land der Bibel“ herbeizuführen. Anlass war die Judenverfolgung in Russland. Die Schrift wurde als „Blackstone-Memorial“ bekannt, benannt nach dem Prediger William Eugene Blackstone (1841–1935). Zu den 413 Unterzeichnern gehörten höchst prominente Personen, darunter der Industrielle John D. Rockefeller (1839–1937), der Bankier John P. Morgan (1837–1913) und mehrere Senatoren.

Die Petition hatte zunächst keine Wirkung. Doch im Jahr 1916 entdeckte sie Louis Brandeis (1856–1941) wieder, der in jenem Jahr der erste jüdische Richter am Obersten Gerichtshof wurde. Brandeis, selbst ein Befürworter des Zionismus, ermutigte Blackstone, erneut um Unterstützung zu werben. Wenig später legte dieser die Petition US-Präsident Woodrow Wilson (1913–1921) vor, wenn auch nur privat. Doch dieses Mal hatte sie Wirkung: Sie bekräftigte Wilson darin, den Briten Unterstützung für die [Balfour-Erklärung von 1917](#) zu signalisieren, die die Schaffung einer jüdischen Heimstätte in Palästina in Aussicht stellte.

Ausschlaggebend war hierbei, dass Blackstone die Unterstützung der Presbyterianischen Kirchen erhalten hatte, denen Wilson angehörte. Der Präsident war ein tiefgläubiger Mensch: Tägliche Bibellese und regelmäßige Gottesdienstbesuche prägten sein Leben. Insofern hatte es für den Demokraten Gewicht, dass sich seine Kirche hinter die Petition stellte.

Evangelikales Augenmerk auf Israel

Dies ist nur ein Beispiel für den in den USA so typischen Einfluss der Religion auf die Politik. Mit Blick auf Israel galt das in den vergangenen Jahrzehnten insbesondere für Christen, die in der Tradition des modernen Dispensationalismus stehen, hierzulande als Brüderbewegung bekannt. Die Bewegung hatte in den 1820er Jahren in England mit John Nelson Darby (1800–1882) ihren Anfang genommen und fand in den USA besonders durch Dwight L. Moody (1837–1899) und Cyrus I. Scofield (1843–1921) und dessen „Scofield-Bibel“ Verbreitung. Theologen dieser Richtung betonten unter anderem die endzeitliche Bedeutung Israels.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wandelte sich allerdings die Haltung. Die Gründung Israels galt vielen als Zeichen der Endzeit, der Kalte Krieg als letzter großer Konflikt vor dem Weltende. Hal Lindsey (1929–2024) leistete dem durch den 1970 erschienenen Verkaufsschlager „Alter Planet Erde“ (The Late Great Planet Earth) ebenso Vorschub wie die von 1995 bis 2007 erschienenen „Left Behind“-Romane von Tim LaHaye (1926–2016), die später zum Teil auch verfilmt wurden.

Der bekannte Prediger Billy Graham (1918–2018) stand zwar auch in dieser Tradition, äußerte sich zu endzeitlichen Themen aber zurückhaltender. Doch er hat großen Anteil daran, dass Evangelikale in Amerika den Staat Israel in ihr Herz schlossen. Der „Präsidentenprediger“ sprach sich spätestens seit dem Sechs-Tage-Krieg 1967 für die Unterstützung Israels aus, nachdem er das Land bereits 1960 bereist hatte. Im Dezember 1967 erklärte er gegenüber der „Jewish Telegraphic Agency“, er habe noch während des Krieges und danach Politiker aufgefordert, für das Existenzrecht Israels einzutreten. „Die Juden sind das auserwählte Volk Gottes“, sagte er. „Wir können uns nicht gegen Israel stellen ohne Nachteil für uns.“

Im Jahr 1970 produzierte Graham den Film „Sein Land“ (His Land). Darin führten die Musiker Cliff Richard und Cliff Barrows (1923–2016) durch Israel und präsentierten dabei den Staat als Erfüllung biblischer Prophetien. Der Film hatte die evangelikale Welt „im Sturm erobert“, wie es der Kirchenhistoriker Daniel G. Hummel formulierte: Durch Vorführungen in Gemeinden sahen ihn Millionen Gläubige. Darüber hinaus warben auch jüdische Organisationen dafür, allen voran der Amerikanisch-Jüdische Ausschuss (AJC), der den Film dafür lobte, Empathie und Unterstützung für Israel zu fördern.

Die Evangelikalen begannen in jenen Jahren, an politischem Einfluss zu gewinnen. Zuletzt kamen sie auch in höchste Ämter: Einer von ihnen ist [Mike Huckabee](#), der aktuelle US-Botschafter in Israel. Mike Pompeo gehört ebenfalls in diese Tradition. Er war von 2017 bis 2021 Außenminister; in dieser Zeit [veröffentlichten](#) die USA die „Pompeo-Doktrin“ – die Auffassung, dass Siedlungsbau im Westjordanland grundsätzlich legal sei.

Erste Anerkennung

Diese Entscheidung wie auch die [Anerkennung Jerusalems als israelische Hauptstadt](#) im Jahr 2018 fiel in eine Zeit entschieden pro-israelischer Politik unter Präsident Donald Trump ([2017–2021](#) & seit 2025). Bei aller Unterstützung für Israel mussten die USA jedoch stets auch die Interessen der arabischen Welt berücksichtigen – nicht nur wegen des Erdölbedarfs, sondern auch, um Eskalationen im Kontext des Kalten Kriegs zu vermeiden.

Derlei Abwägungen spielten bereits in den Tagen der Gründung Israels eine Rolle: Die USA waren das erste Land, das den neuen Staat anerkannte – genau elf Minuten nach dessen Etablierung. US-Präsident Harry S. Truman (1945–1953) entschied sich trotz heftigen Widerstands des Außenministeriums dafür. Dabei spielten moralische Erwägungen eine Rolle angesichts des Holocausts, aber auch die biblische Überzeugung, Gott habe den Juden das Land gegeben – so schilderte es sein damaliger Berater Clark Clifford. Nicht zuletzt war 1948 ein Wahljahr, und Truman dachte auch an die jüdische Wählerschaft, die Israel unterstützte.

Besonders Außenminister George Marshall (1880–1959) – bekannt für den Marshall-Plan zum Wiederaufbau Europas – war gegen die Anerkennung und geriet mit Truman aneinander. Er fürchtete Schaden für das Ansehen der USA bei den arabischen Ländern und einen Krieg, in den die USA mit hineingezogen werden könnten. Daher sprach er sich für eine UN-Treuhänderschaft für das Gebiet aus.

Die Anerkennung Israels durch die USA

Am Nachmittag des 14. Mai 1948, an einem Freitag kurz vor Beginn des Schabbats, hatte Staatsgründer David Ben-Gurion in Tel Aviv die Unabhängigkeitserklärung verlesen, die um Mitternacht mit dem Ende des britischen Palästina-Mandats in Kraft treten sollte. An der amerikanischen Ostküste war es zum Zeitpunkt der Geburtsstunde Israels 18 Uhr (in den USA war gerade Sommerzeit, während es in Palästina/Israel damals keine solche gab, daher herrschte eine Zeitdifferenz von sechs anstatt der üblichen sieben Stunden). Auf dem von US-Präsident Truman unterzeichneten Dokument ist die Uhrzeit der Anerkennung vermerkt: 18:11 Uhr.

Bei der [Suezkrise von 1956](#) machten die USA unter Präsident Dwight D. Eisenhower (1953–1961) dem gemeinsamen Vorstoß Israels, Englands und Frankreichs gegen Ägypten einen Strich durch die Rechnung, als sie unter Androhung von Sanktionen einen Waffenstillstand forderten. Allerdings sicherte Eisenhower Israel freie Schifffahrt im Golf von Akaba zu; das gilt vielen Beobachtern als Beginn der strategischen Zusammenarbeit beider Länder, die in den folgenden Jahrzehnten immer enger wurde.

Kennedy vertiefte die Allianz mit dem erstmaligen Verkauf von Luftabwehrraketen an Israel. Im Jom-Kippur-Krieg waren die Waffenlieferungen der USA entscheidend für das Überleben des jüdischen Staates. Im Kooperationsabkommen von 1981 unter Ronald Reagan (1981–1989) bauten die USA diese Allianz weiter aus, und seit 2008 gilt ein Gesetz, demzufolge die Regierung den „Qualitativen militärischen Vorsprung“ Israels bei Rüstungsgeschäften sicherstellen muss.

Abkommen und Vermittlungsversuche

Zugleich versuchten die Amerikaner immer wieder, im Nahost-Konflikt zu vermitteln und auf die Araber zuzugehen. Dabei konnten sie durchaus auf Erfolge zurückblicken: Sie vermittelten etwa bei den [Friedensschlüssen](#) mit Ägypten (1979), Jordanien (1994) und bei den [Abraham-Abkommen](#) (2020), als Israel diplomatische Beziehungen mit vier arabischen Ländern aufnahm, darunter mit den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Oft genug hingen die USA in ihrer Nahost-Politik aber auch Illusionen nach: Unter Präsident Richard Nixon (1969–1974) führten sie erste, damals noch geheime Gespräche mit der „[Palästinensischen Befreiungsorganisation](#)“ (PLO). 1988 erfolgte die Anerkennung der Terror-Organisation als diplomatischer Partner. Dies mündete in den 1990er Jahren in den [Oslo-Prozess](#), der eine dauerhafte Lösung herbeiführen sollte, mit den [Camp-David-Verhandlungen vom Juli 2000](#) und der anschließenden zweiten „Intifada“ (2000–2005) aber krachend scheiterte. Ihren gegen Israel gerichteten Vernichtungswillen hegt die PLO bis heute.

Auch der Versuch, mit dem Iran eine diplomatische Lösung zu finden, der mit dem [Atomabkommen von 2015](#) seinen Höhepunkt fand, gelang nur durch die Leugnung der anti-israelischen Töne des Regimes. Das Atomabkommen ermöglichte dem Iran die massive Finanzierung der Hamas, die sich in der Folge zum Terrormassaker vom 7. Oktober bestärkt sah.

Schwindender Rückhalt

Im anschließenden Verteidigungskrieg hatte Israel zwar mitunter schillernde Erfolge vorzuweisen, kämpfte zugleich aber mit einem sich verstärkenden anti-israelischen Meinungsbild und einer Zunahme des Antisemitismus, was sich auch in Morden und Anschlägen zeigte. Der Historiker Michael Wolffsohn sprach zuletzt von einem „globalen antisemitischen Tsunami“ und sieht darin eine existenzielle Gefahr nicht nur für Israel, sondern für das Judentum.

Die USA spielen hier eine besondere Rolle. Die Demokraten waren schon vor dem Terrormassaker weltanschaulich stark nach links gerückt. Sie stellen die Unterstützung Israels immer stärker infrage. Einige wie die Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez waren nicht mehr bereit, zusätzliche Gelder für das Abwehrsystem Eisenkuppel aufzubringen, das nur defensiv agiert.

Inzwischen kritisieren aber auch rechte Kreise die Allianz, allen voran einflussreiche Podcaster wie Tucker Carlson oder Megyn Kelly. Im Kern stellen sie die bislang so wirkmächtige politisch-religiöse Konnotation im Verhältnis zu Israel infrage.

Carlson bezeichnete Trump als „Geisel“ der israelischen Regierung. Kelly, die bis zum Sommer 2025 noch pro-israelisch auftrat, sieht sich nun als Opfer einer „Manipulation“ von Medien unter israelischem Einfluss und bezeichnete Israel als „Schurke der Welt“. Manche Beobachter erklären diesen Denkwandel mit dem Kampf um Klickzahlen.

Kritische Zeiten

Zu ihrem 250-jährigen Bestehen scheinen die USA bei ihrer Haltung zu Israel damit an einem Scheidepunkt zu stehen. Die oft als „unzerbrechlich“ beschriebenen Beziehungen stellen immer mehr Amerikaner infrage. Derzeit ist offen, ob es sich um eine vorübergehende Welle oder einen dauerhaften Trend handelt.

Israel scheint sich auf mögliche Entwicklungen in der Zeit nach Trump vorzubereiten. Die Regierung hat bereits angeordnet, bei der Rüstungsproduktion die Abhängigkeit von den USA abzubauen. Zudem rücken die Beziehungen zu Ländern in Lateinamerika, Afrika und Asien stärker in den Fokus. Sollte es entgegen dem aktuellen Trend bei der einzigartigen Unterstützung für Israel bleiben – umso besser.

Israel: Israeli spricht bei ICF München über 505 Tage Hamas-Geiselhaft

Wie Omer Wenkert die Gefangenschaft in den Hamas-Tunneln überlebt hat

München (IDEA) – Der Israeli Omer Wenkert, der 505 Tage in der Gewalt der Terrororganisation Hamas war, hat in der Freikirche ICF München über seine Geiselhaft berichtet. Wie die Gemeinde mitteilte, sprach der 25-Jährige am 5. Juli bei deren „Israel Sunday“ (Israelsonntag) über die Gefangenschaft, aber auch über sein Leben vor und nach dieser Zeit. Den Angaben zufolge war es das erste Mal, dass eine ehemalige Hamas-Geisel öffentlich in München auftrat. Wie der Pressesprecher der ICF München, Konstantin Fritz, gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA erklärte, nahmen rund 750 Personen an der Veranstaltung teil. Wenkert war beim Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 nach dem Besuch des Nova-Festivals entführt worden. Vor der Verschleppung habe er davon geträumt, Restaurantmanager zu werden, sagte er. In den Tunneln der Hamas sei er geschlagen, gedemütigt und ausgehungert worden. Während der Gefangenschaft habe er 40 Prozent seines Körpergewichts verloren. 197 der 505 Tage habe er in kompletter Isolation verbracht.

Gebete gaben ihm Kraft

Obwohl er sich vor der Entführung nicht als religiös bezeichnet hätte, habe ihn während der Haft die Gewissheit begleitet, „niemals allein gewesen zu sein“. Er habe gespürt, dass jemand über ihn wache. Diese innere Gewissheit sowie die Erinnerung an die Gebete mit seinem Großvater hätten ihm Kraft und Hoffnung gegeben. Ein weiterer Schlüssel zum Überleben sei Dankbarkeit gewesen – für die schmutzige Matratze, für verschimmeltes Fladenbrot oder dafür, noch sehen zu können. Selbst für die Schläge der Hamas-Wächter mit einer Eisenstange habe er dankbar sein können. Diese Haltung habe ihm geholfen, unter unmenschlichen Bedingungen mentale Gesundheit zu bewahren. Er habe zwar bereits zuvor an Gott geglaubt, nun aber praktiziere er den jüdischen Glauben und esse beispielsweise koscher.

„Friede kann nicht mit Hass oder Terror erreicht werden“

Auf die Frage, warum er trotz des Erlebten keinen Hass empfinde, antwortete Wenkert, er habe sich bewusst dagegen entschieden, Hass Raum in seinem Herzen zu geben, denn Hass zerstöre letztlich das eigene Leben. Seine Botschaft laute: „Friede kann nicht mit Hass oder Terror erreicht werden.“ Er schloss das Interview mit den Worten: „Wenn du aufwachst und den Himmel über dir siehst und einfach frei bist, das zu tun, was du möchtest, hast du eigentlich alles, was du brauchst.“

Verbundenheit mit Israel

Der „Israel Sunday“ ist ein besonderer Themensonntag des ICF München, der die Situation im Nahen Osten aus biblischer Sicht beleuchtet und die Verbundenheit mit Israel und dem jüdischen Volk in den Mittelpunkt stellt. Die jüdische Organisation „Keren Hayesod“ habe den Besuch Wenkerts organisatorisch und finanziell ermöglicht. Mit der Einladung wolle das ICF München ein Zeichen der Solidarität mit dem jüdischen Volk sowie gegen Antisemitismus, Terror und jede Form von Menschenfeindlichkeit setzen. Die Gemeinde bekenne sich zu ihren jüdischen Wurzeln: Jesus Christus, seine Jünger und alle Autoren des Alten und Neuen Testaments seien Juden gewesen. Nach eigenen Angaben besuchen sonntags rund 2.000 Menschen die Gottesdienste der Gemeinde.

Kamerun: Erzbischof von Douala beklagt “unmenschliche Haftbedingungen und korrupte Justiz“

Yaoundé (Fides) – Über Entführungen, willkürliche Verhaftungen und unmenschliche Haftbedingungen klagt der Erzbischof von Douala, Samuel Kleda, in seinem Ende Juni veröffentlichten Hirtenbrief zu den Missstände und den Haftbedingungen in den Gefängnissen des Landes.

In Anlehnung an Jesu Worte – „Ich war im Gefängnis, und ihr seid zu mir gekommen“ (Mt 25,36) – stellt Kleda klar: „Dieser Brief ist ein Akt der Wahrheit und der seelsorgerischen Nächstenliebe, nicht aus polemischer Absicht, sondern aus Pflichtgefühl und dringendem Mitgefühl geboren. Er prangert die systematische Ungerechtigkeit an, die mit der Verhaftung, Inhaftierung und dem Gefängnisaufenthalt zahlreicher kamerunischer Bürger einhergeht.“

„Das bedeutet, die unerträgliche Praxis der Entführung und Einzelhaft, die entwürdigenden und missbräuchlichen Zustände in Polizeistationen und Gendarmeriebrigaden, das höllische Gefängnisssystem, die Korruption, die das gesamte Justizsystem durchdringt, und die häufig verletzte Strafverfahren anzuprangern“, erklärt der Erzbischof, der betont: „Dies ist eine ernste Situation, die einen Perspektiven- und Mentalitätswandel von uns allen und eine Transformation unserer Strukturen erfordert.“

Noch bevor er auf die Haftbedingungen eingeht, lenkt der Erzbischof von Douala die Aufmerksamkeit auf das Schicksal der Vermissten. „Menschen, die oft ohne Haftbefehl von uniformierten oder zivilen Beamten festgenommen und entführt werden, verschwinden spurlos und werden dann an geheimen Orten festgehalten“, so der Erzbischof, „Ihre Telefone werden deaktiviert, ihre Standortdaten gelöscht. Ihre verängstigten Angehörigen rennen von einer Polizeiwache zur anderen, vom Gericht zur Kaserne und stoßen dabei oft auf eine Mauer des Schweigens, der Gleichgültigkeit oder auf Drohungen.“ „Diese Praxis der geheimen Inhaftierung an unbekanntem, manchmal inoffiziellen Orten stellt einen klaren Gesetzesverstoß dar“, bemerkt Erzbischof Kleda.

Die Bedingungen für Gefangene in den „offiziellen“ Gefängnissen sind ebenso katastrophal, angefangen bei den sanitären Verhältnissen. „Der Zugang zu medizinischer Versorgung ist eine Illusion“, so der Erzbischof. „Die Krankenstationen sind schlecht ausgestattet, und das Personal ist überlastet. Ansteckende Krankheiten wie Tuberkulose, Krätze und Typhus breiten sich ungehindert aus. Gefangene mit HIV oder Diabetes erleiden aufgrund fehlender Behandlung einen rapiden Gesundheitsverfall. Die vitamin- und kalorienarme Nahrung reicht nicht aus, um die ohnehin schon geschwächten Kräfte der kranken Gefangenen zu erhalten. Ihr Überleben hängt von der Unterstützung ihrer Familien oder dem Schwarzmarkt im Gefängnis ab“.

Die Lage von Frauen und Minderjährigen ist besonders katastrophal. Für schutzbedürftige Menschen ist diese Realität noch grausamer. Inhaftierte Frauen haben keinen Zugang zu grundlegenden Hygieneartikeln. Manche, die mit ihren Neugeborenen im Gefängnis sitzen, müssen mit ansehen, wie ihre Kinder hinter Gittern aufwachsen, wo deren Zukunft durch die fehlenden Bedingungen für eine normale Entwicklung gefährdet ist. „Minderjährige, die von Erwachsenen getrennt werden und eine angemessene Erziehung erhalten sollten, sind oft sich selbst überlassen und dem härtesten Gesetz sowie verschiedenen Formen von Missbrauch und Ausbeutung ausgesetzt“, berichtet Erzbischof Kleda.

All dies werde, so der Erzbischof, durch „die Korruption und Perversion der Justiz“ ermöglicht. Insbesondere die „Untersuchungshaft, die als Ausnahme gedacht war, wird zur Regel und zieht sich über Jahre hin, wodurch mutmaßlich Unschuldige faktisch verurteilt werden. Diese Verweigerung der Gerechtigkeit kommt einer doppelten Bestrafung gleich: dem Freiheitsentzug und der Verweigerung des Rechts auf ein faires Verfahren innerhalb angemessener Frist“.

Der Erzbischof erinnert daran, dass die Strafe dazu dienen soll, „die Gesellschaft zu schützen und dem Verurteilten ein Umfeld zu bieten, in dem er – unter Achtung seiner Würde – nachdenken, Buße tun und die für eine erfolgreiche soziale Wiedereingliederung nach der Haftentlassung notwendigen Fähigkeiten erwerben kann“ und schließt er mit einem Appell an die Verantwortung jedes Einzelnen: „Wie wir Gefangene behandeln, ist ein Indikator für unsere Beziehung zu Gott. Ihr Leid zu ignorieren bedeutet, Christus zu ignorieren. Sich zu bemühen, ihr Leid zu lindern und die Gerechtigkeit wiederherzustellen, bedeutet, Christus zu dienen.“

(L.M.) (Fides 3/7/2026)

Myanmar: Neue katholische Pfarrgemeinde im Bistum Kalay eingeweiht

Im Epizentrum des Bürgerkriegs

Kalay (Fides) – Die Eröffnung der neuen Pfarrei „St. Patrick“ im Bistum Kalay im Nordwesten Myanmars ist Anlass zur Freude für die notleidende Bevölkerung der Region. Das Bistum Kalay, zwischen der Sagaing-Region und dem Chin-Staat gelegen, gehört zu den am stärksten vom Bürgerkrieg betroffenen Gebieten, der nach dem Militärputsch im Februar 2021 ausbrach, und befindet sich in einer dramatischen sozialen und humanitären Lage.

Die katholische Bevölkerung der Region, die größtenteils aus Binnenvertriebenen besteht, kam in den vergangenen Tagen in der Stadt Khaikam Myo zusammen um die historische Einweihung zu feiern. Bischof Felix Lian Khen Thang zelebrierte die den feierlichen Gottesdienst, an dem zwölf Priester mitwirkten. Über 600 Gläubige nahmen daran teil. Bei seiner Ankunft wurde der Bischof herzlich empfangen: Die Gemeindemitglieder, in traditioneller Chin-Kleidung, begrüßten ihn mit traditionellen Tänzen und Liedern und einer Prozession. In die Kirche wurde er von Pfarrer Sylvester Pau Van Sang begrüßt, der als erster Pfarrer der Gemeinde eingesetzt worden war. Während der Eröffnungsmesse spendete Bischof Felix Lian Khen Thang insgesamt 60 Jugendlichen das Sakrament der Firmung und erklärte in seiner Predigt: „Die Gründung der Pfarrei ist ein Segen Gottes und ein Zeichen der Hoffnung für die Entwicklung der Diözese Kalay.“

Der Bischof berichtete, dass die neue Pfarrei sechs Dörfer mit 210 katholischen Familien umfasst. Ziel der neuen Gemeinde sei es, „eine engere und aufmerksamere Seelsorge anzubieten, die regelmäßige Feier der Sakramente zu gewährleisten und die tägliche Heilige Messe für die Gläubigen anzubieten“. Er erinnerte daran, dass „die Eucharistie in den schwierigen Lebenslagen der Menschen eine Quelle der Gnade, des Trostes und der Kraft ist“. „Darüber hinaus ist die Anwesenheit eines ständigen Priesters ein sichtbares Zeichen für die Gegenwart Christi unter seinem Volk“, betonte der Bischof, der auch daran erinnerte, dass die Firmlinge im Sakrament der Firmung „die Gaben des Heiligen Geistes empfangen, der ihnen Trost und Ermutigung spendet und ihre Familien und die gesamte Pfarrgemeinde stärkt“.

Das Bistum Kalay, ein Suffraganbistum des Erzbistums Mandalay, liegt im Nordwesten Myanmars, in der Sagaing-Region, wobei sich Teile seines Gebiets auch in den Chin-Staat erstrecken. Zentrum des Bistums ist die Stadt Kalay mit dem Bischofssitz und der Marien-Kathedrale. Die zählt etwa 60.000 katholische Gläubige. Das Bistum grenzt an Indien und umfasst eine ethnisch gemischte Bevölkerung (mit einem hohen Anteil an Chin und anderen Minderheiten) in Grenznähe. Die Region Kalay wurde schwer von dem Bürgerkrieg getroffen, der nach dem Militärputsch von 2021 ausbrach, und befindet sich in einer vielschichtigen Krise: Das soziale Gefüge ist zerstört, junge Menschen sind vor der Zwangsrekrutierung geflohen, und die humanitäre Notlage ist katastrophal.

Sagaing ist das Epizentrum des bewaffneten Widerstands gegen die Militär-Junta. In der Gegend kommt es immer wieder zu Zusammenstößen zwischen burmesischen Armeeeinheiten, den lokalen Volksverteidigungskräften „People’s Defence Forces“ (PDF) und Chin-Widerstandsgruppen. Die humanitäre Lage ist katastrophal: Es gibt eine hohe Zahl an Binnenvertriebenen, eine Nahrungsmittelkrise, anhaltende Stromausfälle, nur begrenzten Zugang zu medizinischer Versorgung und Hilfsgütern sowie extreme Armut, von der 80 % der Bevölkerung betroffen sind.

Die örtliche katholische Kirche und Gemeinden anderer christlicher Konfessionen unterstützen die betroffenen Gemeinschaften, arbeiten aber unter äußerst schwierigen Bedingungen. Aufgrund der Heftigkeit der Kämpfe musste die Ortskirche etwa die Hälfte ihrer Pfarreien schließen, während die meisten Katholiken der Diözese in die Wälder, die Berge des Chin-Staates oder an die Grenze zu Indien geflohen sind, um vor der Gewalt Schutz zu suchen.

In der Notsituation hat die Diözese viele der verbliebenen Gebäude in Notunterkünfte umgewandelt und beherbergt schätzungsweise 40.000 Binnenvertriebene verschiedener Ethnien und Glaubensrichtungen, die aus den Kriegsgebieten fliehen. Laut lokalen Quellen greifen reguläre Armeeangehörige gelegentlich Kirchen, Klöster und katholische Schulen an, da sie vermuteten, diese Gebäude würden Rebellen logistische Unterstützung oder Unterschlupf bieten. Zu den im Gebiet Kalay getroffenen und beschädigten Gebäuden gehören: die katholische Kirche in Lungtak, die im Mai 2024 zusammen mit einer nahegelegenen Baptistenkirche durch Luftangriffe der Armee getroffen wurde; die Baptistenkirche im Dorf Pyidaw, die im April 2023 durch Luftangriffe zerstört wurde; und die Baptistenkirche im Dorf Kanan, die während heftiger Kämpfe beschädigt wurde.

(PA) (Fides 7/7/2026)

Nigeria: Der entführte Katechet Victor Paul ist tot

Die Erzdiözese Kaduna bestätigt den Tod des im Februar entführten Katecheten Victor Paul in Geiselhaft aufgrund von Entbehrungen und Folter

Kaduna (Agenzia Fides) – Die Serie von Angriffen, Entführungen und Morden in Nigeria hält an und betrifft immer wieder auch christliche Gemeinden.

Vor Kurzem wurde bekannt, dass Victor Paul, ein katholischer Katechet, der aus seinem Haus im Distrikt Kagarko im Bundesstaat Kaduna entführt worden war, in Geiselhaft gestorben ist. Das Erzbistum Kaduna bestätigte dies in einer Pressemitteilung vom 2. Juli und gab darin bekannt, dass neben dem Katecheten vier weitere Personen ums Leben kamen. Victor Paul war zusammen mit seiner schwangeren Frau, seinem Sohn, der später getötet wurde, und 30 weiteren Personen bei einem Anschlag auf die Gemeinden Kutaho und Kugur am 9. Februar 2026 entführt worden.

Pfarrer Christian Okewu Emmanuel, Kanzler des Erzbistums Kaduna, erklärte in einer Stellungnahme, der Katechet sei schwer gefoltert worden und man habe ihn verhungern lassen, während die anderen von ihren Entführern brutal ermordet wurden. Die Regierung des Bundesstaates Kaduna und die Polizei haben sich noch nicht offiziell zu den Todesfällen geäußert.

Von den 30 im Februar entführten Personen wurden elf Frauen und Kinder, darunter die Frau des Katecheten, am 5. April freigelassen, nachdem die Gemeinde ein Lösegeld von 30 Millionen Naira und vier Motorräder bereitgestellt hatte. Im Anschluss an ihre Freilassung forderten die Entführer weitere 15 Millionen Naira für die Freilassung der übrigen. Am Freitag, dem 1. Mai 2026, wurden neun weitere Männer freigelassen.

„Wir sind Gott zutiefst dankbar, dass auch die verbleibenden vier Männer am 30. Juni 2026 ihre Freiheit wiedererlangten. Wir freuen uns über ihre sichere Rückkehr, doch unsere Herzen sind weiterhin erfüllt von Trauer über den tragischen Verlust derer, die nicht lebend zurückkehrten“, sagte Pater Emmanuel.

(AP) (Fides 7/7/2026)

Pakistan: 2 Beispiele für Mißbrauch der Blasphemie-Gesetze

1) Ein 61-jähriger Katholik in Pakistan, der an fortgeschrittener Demenz litt, starb am Mittwoch (1. Juli), nachdem er fast ein Jahr lang in Haft auf seinen Prozess wegen einer falschen Blasphemieanklage gewartet hatte, wie aus informierten Kreisen verlautete.

Amir Peter starb aufgrund mangelhafter medizinischer Versorgung wenige Tage, bevor ein Gericht medizinische Gutachten zur Unterstützung seines Antrags auf Freilassung gegen Kaution anhören sollte, sagte Katherine Sapna, Geschäftsführerin der Interessenvertretung „Christians' True Spirit“ (CTS).

Peter aus der Nishat Colony in Lahore in der Provinz Punjab war vom Bezirksgefängnis von Lahore in das Punjab Institute of Mental Health (PIMH) verlegt worden, nachdem sich sein geistiger und körperlicher Zustand in Haft verschlechtert hatte, so Sapna.

Er war am 19. Juli festgenommen worden, nachdem ein muslimischer Ladenbesitzer – als Vergeltung dafür, dass Peter ihm überhöhte Preise vorgeworfen hatte – ihn beschuldigt hatte, gegen Abschnitt 295-C des pakistanischen Blasphemiegesetzes verstoßen zu haben, das abfällige Äußerungen über den islamischen Propheten Mohammed unter Strafe stellt und eine obligatorische Todesstrafe vorsieht, so Sapna.

„Er litt bereits an fortgeschrittener Demenz, und sein Gesundheitszustand verschlechterte sich während seiner gesamten Haftzeit weiter“, erklärte Sapna gegenüber Christian Daily International-Morning Star News.

Ein medizinisches Gremium am PIMH stellte fest, dass Peter geistig nicht verhandlungsfähig war. Auf der Grundlage dieser Beurteilung reichten die Anwälte von CTS vor einem zusätzlichen Sitzungsgericht unter dem Vorsitz von Richter Saad Salman Khan einen Antrag auf Freilassung gegen Kaution aus medizinischen Gründen ein.

„Bei einer Anhörung am 29. Juni ordnete der Richter an, dass der PIMH-Arzt, der Peter untersucht hatte, bei der nächsten Anhörung als Zeuge vor Gericht erscheinen solle“, sagte sie. „Es ist herzerreißend, dass er trotz all unserer Bemühungen zum Herrn gegangen ist, bevor wir seine Freiheit von dieser falschen Anschuldigung erwirken konnten.“

Sapna warf den Gefängnisbehörden vor, Peter trotz seines sich verschlechternden Zustands keine angemessene medizinische Versorgung gewährt zu haben.

„Dieser Vorfall verdeutlicht einmal mehr die verheerenden Folgen des Missbrauchs der pakistanischen Blasphemiegesetze“, sagte sie und forderte eine unabhängige und transparente Untersuchung von Peters Tod. „Die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden, damit sich solche Ungerechtigkeiten nicht wiederholen.“

Der Fall ging auf einen Streit in einem Lebensmittelgeschäft in der Nachbarschaft zurück, nachdem Peter dem Ladenbesitzer Sanor Ali vorgeworfen hatte, ihm zu viel berechnet zu haben. Laut CTS eskalierte die Auseinandersetzung zu einem verbalen Streit und einer körperlichen Attacke auf Peter, bevor die Blasphemieanzeige erstattet wurde.

Peter habe stets bestritten, abfällige Bemerkungen über den Islam oder Mohammed gemacht zu haben, erklärte Sapna zuvor gegenüber Christian Daily International-Morning Star News.

„Er sagte auch, die Polizei habe ihn während seiner Haft geschlagen und ihn unter Druck gesetzt, ein Vergehen zu gestehen, das er nicht begangen habe, doch er habe sich geweigert“, sagte sie.

Sapna stellte zudem den Inhalt des Erstanzeigeberichts (FIR) in Frage und erklärte, darin seien keine Worte oder Äußerungen konkret benannt worden, die angeblich eine Blasphemie darstellten.

„Der Beschwerdeführer hat keine einzige Bemerkung genannt, die eine Respektlosigkeit gegenüber dem Propheten Mohammed darstellen könnte“, sagte sie. „Dieser Streit hätte von der Polizei ohne strafrechtliche Anklage beigelegt werden können, doch stattdessen haben sie angeblich einen unschuldigen Mann gefoltert und inhaftiert.“

Peters jüngerer Bruder, Pfarrer Henry Paul, hatte zuvor gegenüber Christian Daily International-Morning Star News berichtet, dass Peter vier Jahre zuvor aus einer untergeordneten Position an einer staatlichen Hochschule in den Ruhestand getreten war.

2) Peters Tod, den Sapna auf eine unzureichende und verspätete medizinische Versorgung zurückführte, ereignete sich Monate, nachdem ein anderer Christ, der unter den Blasphemiegesetzen angeklagt worden war, kurz nach seiner Freilassung verstorben war. Pastor Zafar Bhatti, Gründer der Jesus World Mission Church, starb am 5. Oktober in seinem Haus in Rawalpindi in der Provinz Punjab an einem Herzstillstand, nur zwei Tage nachdem er nach mehr als 13 Jahren hinter Gittern freigesprochen worden war.

Der 62-jährige Pastor wurde aus dem Bezirksgefängnis Adiala entlassen, nachdem die Rawalpindi-Kammer des Obersten Gerichtshofs von Lahore seine Verurteilung am 2. Oktober aufgehoben hatte. Bhatti war im Juli 2012 festgenommen worden, nachdem ein islamistischer Geistlicher ihn beschuldigt hatte, SMS verschickt zu haben, die als beleidigend gegenüber Mohammed angesehen wurden. Ein erstinstanzliches Gericht verurteilte ihn am 3. Mai 2017 zu lebenslanger Haft, doch das Urteil wurde 2022 in die Todesstrafe umgewandelt.

Die British Asian Christian Association (BACA) teilte mit, dass Bhatti seit mehreren Jahren an einer schweren Herzerkrankung litt, die durch Diabetes und andere gesundheitliche Komplikationen verschlimmert wurde.

„Im Jahr 2019 deuteten medizinische Gutachten darauf hin, dass für ihn ein erhebliches Risiko für einen weiteren Herzinfarkt bestand, nachdem er bereits zwei leichtere Vorfälle erlitten hatte“, erklärte die BACA in einer Stellungnahme. „Berichten zufolge erlitt er 2020 einen weiteren Anfall. Im Jahr 2022 traten bei Zafar schwere Komplikationen auf, darunter Bluterguss nach der Verabreichung von Medikamenten durch das medizinische Team des Gefängnisses, was unser Anwaltsteam dazu veranlasste, aus medizinischen Gründen seine Freilassung zu beantragen.“

Anfang 2025 sei das medizinische Personal des Gefängnisses Berichten zufolge zu dem Schluss gekommen, dass sich Bhattis Herzfunktion auf etwa 15 Prozent verschlechtert habe, sodass nur noch wenige Behandlungsmöglichkeiten zur Verfügung stünden, so die Organisation.

Pakistans Blasphemiegesetze werden seit langem von Menschenrechtsorganisationen und Rechtsexperten kritisiert, die behaupten, dass sie regelmäßig dazu missbraucht werden, persönliche Streitigkeiten beizulegen, Eigentum zu beschlagnahmen und religiöse Minderheiten ins Visier zu nehmen. Obwohl noch niemand vom Staat aufgrund der Blasphemiegesetze des Landes hingerichtet wurde, haben Anschuldigungen wiederholt zu Gewalt durch den Mob, außergerichtlichen Tötungen und langwieriger Untersuchungshaft für die Beschuldigten geführt.

Internationale Menschenrechtsorganisationen stufen Pakistan weiterhin als eines der weltweit schwierigsten Länder für Christen ein. In ihrer „World Watch List 2026“ stuft Open Doors Pakistan auf Platz acht der 50 Länder ein, in denen Christen der schwersten Verfolgung ausgesetzt sind, und führte dabei systemische Diskriminierung, Gewalt durch den Mob, Zwangskonvertierungen, Schuldnechtschaft und geschlechtsspezifische Übergriffe an. Die Organisation erklärte zudem, dass eine schwache Strafverfolgung und weit verbreitete Straflosigkeit es den Tätern antichristlicher Gewalt ermöglicht hätten, sich der Rechenschaftspflicht zu entziehen.

<https://morningstarnews.org/2026/07/christian-accused-of-blasphemy-dies-in-jail-in-pakistan/>

Pakistan: CSI startet Petition für entführte Christin

Hilfswerk fordert Bundestag zum Handeln im Fall der 18-jährigen Neha Faqir auf

München/Islamabad (IDEA) – Die christliche Menschenrechtsorganisation Christian Solidarity International (CSI, München) will den Fall der entführten und zwangskonvertierten Pakistanerin Neha Faqir (18) auf die politische Tagesordnung des Deutschen Bundestages bringen. Ein pakistanisches Gericht hatte am 9. Juni die Rückkehr der 18-jährigen Christin zu ihrer Familie abgelehnt. Um ihren Fall stärker in die Öffentlichkeit zu bringen, hat das Werk eine [Petition](#) gestartet. Sie richtet sich an die Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Mechthild Heil (CDU). Ziel ist es, dass sich der Ausschuss mit dem Fall befasst und eine Aktuelle Stunde im Bundestag zugunsten von Frauenrechten in islamischen Ländern initiiert wird.

Verschunden nach dem Besuch eines Nähkurses

Faqir verschwand nach Angaben von CSI am 24. März nach dem Besuch eines Nähkurses. Wochenlang blieb ihr Schicksal ungewiss. Als der Vater den Besitzer des Nähzentrums anzeigte, sei die Familie mit Drohungen und Einschüchterungen unter Druck gesetzt worden, die Anzeige zurückzunehmen. Erst auf gerichtliche Anweisung hin wurde intensiv nach der jungen Frau gesucht. Gefunden wurde sie schließlich in einer islamischen Religionsschule. Sie sei angeblich freiwillig zum Islam konvertiert. Als Beweis diene ein mit ihrem Daumenabdruck bestätigtes Dokument – die junge Christin ist laut CSI Analphabetin. Sie trägt inzwischen den Namen „Ayesha“. Vor Gericht erschien Faqir vollverschleiert und in Begleitung muslimischer Geistlicher sowie ebenfalls verhüllter Frauen. Der Richter habe ihr verboten, mit ihrer Familie zu sprechen. Unter dem Druck des Umfeldes habe sie erklärt, nicht zu ihrer Familie zurückkehren zu wollen. Vor ihrer Entführung habe die junge Frau nie davon gesprochen, zum Islam konvertieren zu wollen, so CSI. Das Hilfswerk hat den Fall von Beginn an begleitet und den Anwalt der Familie finanziert.

1.000 Mädchen jährlich betroffen

Nach Angaben des Werks werden in Pakistan jedes Jahr rund 1.000 Mädchen und junge Frauen Opfer von Entführung, Zwangskonversion und Zwangsverheiratung. Betroffen seien vor allem marginalisierte Gruppen. Christen gehörten als „Bürger zweiter Klasse“ dazu. CSI verwies auf einen ähnlich gelagerten Fall: Eine 38-jährige Christin namens Bibi sei auf vergleichbare Weise zwangskonvertiert und zwangsverheiratet worden, nachdem sie ein Dokument mit ihrem Daumenabdruck bestätigt habe – in dem Glauben, damit finanzielle Hilfe zu beantragen.

Fall bereits im britischen Parlament vorgestellt

Auf Bitten seiner pakistanischen Partner will CSI den Fall international bekanntmachen. Im Vereinigten Königreich habe dazu bereits eine Veranstaltung im britischen Parlament stattgefunden, wo die christliche Organisation den Fall vorgestellt habe. Nach diesem Vorbild will CSI nun auch den Bundestag in Deutschland zum Handeln bewegen.

Pakistan: Katholik stirbt an den Folgen seiner Inhaftierung

Lahore (Fides) – Die Katholiken von Lahore trauern um Amir Peter, einen 60-jährigen pakistanischen Katholiken, der am 1. Juli 2026 im Krankenhaus an den Folgen schwerer gesundheitlicher Komplikationen verstarb, die während seiner Haft aufgetreten waren. Sein Fall hatte großen Schmerz und Bitterkeit verursacht: Amir Peter, der Bruder von Pater Henry Paul (OFM Cap), Pfarrer der St.-Franziskus-Kirche in Lahore, war am 19. Juli 2025 von einigen lokalen Händlern fälschlicherweise der Blasphemie beschuldigt und daraufhin verhaftet worden. Sein Gesundheitszustand verschlechterte sich während seiner Haft.

Die Kapuzinerbrüder von Lahore und die Organisation „Christians' True Spirit“ hatten ihm Rechtsbeistand geleistet und aufgrund seines ernsten körperlichen und seelischen Zustands einen Antrag auf Haftverschonung gestellt. Er starb, bevor sein Fall abgeschlossen werden konnte. Die katholische Gemeinde „trauert um den Verlust eines Mannes, dessen Leben durch ein fehlerhaftes Gerichtsverfahren tragisch beendet wurde“, so Pater Kaiser Feroz, OFM Cap, Sprecher der pakistanischen Bischofskonferenz, gegenüber Fides und sprach der Familie des Verstorbenen, insbesondere Pater Henry Paul, sein Beileid aus. „Sein Zustand wurde ignoriert und ihm wurde die dringend benötigte medizinische Versorgung verweigert“, bemerkte er.

Bei der Trauerfeier an diesem Donnerstag (2. Juli) in der St.-Josephs-Kirche in Lahore, sagte Erzbischof Khalid Rehmata (OFM Cap) von Lahore: „Amir Peter blieb bis zu seinem letzten Atemzug standhaft in seinem Glauben. Er lebte sein ganzes Leben nach den Werten des Evangeliums und war der Kirche stets treu. Sein Zeugnis der Treue zu Gott ist ein Vorbild für seine Kinder und für uns alle“. Pater Henry Paul (OFM Cap), Amir Peters jüngerer Bruder, sagte: „Wir danken Gott für Amirs tiefen Glauben, der es ihm ermöglichte, sein ganzes Leben in Einfachheit und Demut zu leben“. Er dankte den Priestern, Ordensleuten und Gläubigen für ihre Gebete und tröstenden Worte.

In einem weiteren aktuellen Fall, im Fall von Nadeem Masih, einem pakistanischen Katholiken, der von Geburt an blind und motorisch behindert ist, gab es nach einem Jahr voller Prüfungen ein positives Ergebnis. Er wurde 2025 verhaftet, nachdem ihn muslimische Kollegen der Blasphemie beschuldigt hatten, und verbrachte etwa zehn Monate im Gefängnis. Vor kurzem urteilte der Richter in erster Instanz, die Beweise gegen ihn seien unzureichend und die Anklage sei erfunden. Er sprach ihn frei und ordnete seine Freilassung an.

Pater Feroz erklärte gegenüber Fides: „Diese Fälle, die auch die katholische Gemeinde berühren, bestätigen, dass das Blasphemiegesetz in Pakistan ständig missbraucht und mit falschen Anschuldigungen manipuliert wird, die aus persönlichen Rachegehrungen formuliert werden. Wir fordern die pakistanische Regierung auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um das Leben aller zu schützen, die fälschlicherweise beschuldigt und ohne Untersuchung oder Beweise inhaftiert werden.“

(PA) (Fides 3/7/2026)

Pakistan: Mob – Drohungen mit Blasphemie-Vorwürfen

Polizei deeskaliert

Mehr als zwei Dutzend christliche Familien wurden letzte Woche in Pakistan gezwungen, aus ihren Häusern zu fliehen, nachdem Blasphemievorwürfe gegen einen in den Vereinigten Staaten lebenden Pastor Ängste vor Gewalt durch den Mob ausgelöst hatten.

Joseph Nayyar, ein Menschenrechtsaktivist in Hafizabad im Bezirk Gujranwala in der Provinz Punjab, sagte, die Spannungen im Dorf Jhulan in diesem Bezirk seien am 3. Juli eskaliert, nachdem über die Lautsprecher der Moscheen verkündet worden war, Pastor Sajeel Robin habe Videos in den sozialen Medien gepostet, die als beleidigend für den Islam und dessen Propheten Mohammed angesehen würden. Der Pastor stammt aus diesem Dorf und lebt derzeit in den USA.

„Pastor Sajeel Robin, der sich vor einigen Jahren in den USA niedergelassen hat, veröffentlicht regelmäßig Videos, in denen er religiöse Debatten mit Muslimen führt und über den Islam diskutiert“, sagte Nayyar. „Sein Onkel, Shamaun Masih, und sein jüngerer Bruder, Nabeel Robin, die noch immer im Dorf leben, sollen einige dieser Videos in WhatsApp-Gruppen geteilt haben. Nachdem lokale Geistliche von den Inhalten erfahren hatten, begannen sie, über die Lautsprecher der Moschee Durchsagen zu machen, in denen sie die Menschen aufforderten, gegen das vorzugehen, was sie als ‚blasphemische Inhalte‘ bezeichneten.“

Im Dorf Jhulan leben etwa 35 bis 40 christliche Familien. Kurz nach den Durchsagen aus der Moschee trafen Beamte der Polizei von Kot Ladha ein und rieten den christlichen Bewohnern laut Nayyar, ihre Häuser zu verlassen, um sich vor möglichen Gewalttaten zu schützen.

„Die meisten christlichen Familien flohen nur mit den Habseligkeiten, die sie tragen konnten“, sagte er. „Unterdessen nahm die Polizei Pastor Sajeels Vater, Robin Masih, und seinen Onkel mütterlicherseits, Shamaun Masih, in Schutzgewahrsam, während sein Bruder, Nabeel Robin, untertauchte, um einer Festnahme zu entgehen.“

Nayyar würdigte die örtliche Polizei, den Dorfvorsteher Muhammad Asif Gujjar und muslimische Einwohner dafür, dass sie durch Verhandlungen mit lokalen Geistlichen dazu beigetragen hätten, die Situation zu entschärfen.

„Die Situation hätte leicht in Gewalt eskalieren können, hätten die Polizei und die örtlichen Muslime nicht eingegriffen“, sagte er. „Sie forderten die protestierenden Geistlichen auf, keine unschuldigen Christen ins Visier zu nehmen, und versicherten ihnen, dass, falls erforderlich, rechtliche Schritte gegen die als verantwortlich erachteten Personen eingeleitet würden.“

Nach diesen Zusicherungen, so Nayyar, legten lokale Geistliche und muslimische Gemeindevorsteher der Polizei eine unterzeichnete Erklärung vor, in der sie angaben, Robin Masih und Shamaun Masih zu „verzeihen“, nachdem die beiden Männer eine bedingungslose Entschuldigung abgegeben und sich öffentlich von Pastor Sajeel Robin distanziert hatten.

Nachdem die Einigung erzielt worden war, kehrten die vertriebenen christlichen Familien am Samstagabend (4. Juli) ins Dorf zurück und nahmen am Sonntagsgottesdienst in der örtlichen Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten teil, so Nayyar. Er fügte hinzu, dass die Polizei den protestierenden Geistlichen möglicherweise versichert habe, Nabeel Robin festzunehmen, um die Spannungen zu entschärfen.

„Bislang wurde gegen kein Mitglied der Familie Masih eine Erstanzeige [FIR] erstattet, doch die Möglichkeit rechtlicher Schritte kann nicht ausgeschlossen werden“, sagte er.

Mitglieder der Familie Masih konnten trotz wiederholter Versuche nicht für eine Stellungnahme erreicht werden.

Ein Polizeibeamter aus Kot Ladha, der anonym bleiben wollte, da er nicht befugt war, mit den Medien zu sprechen, sagte, das rasche Eingreifen der Polizei habe eine Eskalation der Situation verhindert.

„Wir sind den Religionsgelehrten dankbar, die die Brisanz der Situation erkannt und die Demonstranten dazu aufgefordert haben, Recht und Ordnung aufrechtzuerhalten“, erklärte der Beamte gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Die Polizei untersucht den Vorfall und appelliert an die Öffentlichkeit, von jeglichen provokativen Handlungen abzusehen, die den Frieden in der Region stören könnten.“

Nayyar sagte, die schnelle Reaktion der Polizei und der Gemeindevorsteher habe wahrscheinlich Gewalt verhindert, ähnlich den Angriffen, die die christliche Gemeinde in Jaranwala im August 2023 verwüstet hatten.

Am 16. August 2023 griffen Menschenmengen christliche Viertel in Jaranwala in der Division Faisalabad an, nachdem zwei christliche Männer fälschlicherweise der Blasphemie beschuldigt worden waren. Mindestens 20 Kirchen und mehr als 80 christliche Häuser wurden verwüstet oder in Brand gesetzt, was den Einsatz von Polizei und paramilitärischen Kräften erforderlich machte. Die beiden beschuldigten Männer wurden später freigesprochen, nachdem ein Anti-Terror-Gericht festgestellt hatte, dass die Vorwürfe gegen sie erfunden waren.

Amnesty International berichtet jedoch, dass die meisten der ursprünglich im Zusammenhang mit den Angriffen Festgenommenen inzwischen freigelassen oder freigesprochen wurden, sodass viele Mitglieder der betroffenen christlichen Gemeinde immer noch auf echte Rechenschaft, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung warten.

Internationale Menschenrechtsorganisationen stufen Pakistan weiterhin als eines der weltweit schwierigsten Länder für Christen ein. In seiner „World Watch List 2026“ stuft „Open Doors“ Pakistan auf Platz acht der 50 Länder ein, in denen Christen der schwersten Verfolgung ausgesetzt sind, und führte dabei systemische Diskriminierung, Gewalt durch den Mob, Zwangskonvertierungen, Schuldnechtschaft und geschlechtsspezifische Übergriffe an. Die Organisation erklärte zudem, dass eine schwache Strafverfolgung und weit verbreitete Straflosigkeit es den Tätern antichristlicher Gewalt ermöglicht hätten, sich der Rechenschaftspflicht zu entziehen.

<https://morningstarnews.org/2026/07/tensions-inflamed-by-blasphemy-accusation-in-pakistan/>

Südsudan: Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen

19 Tote und 14 Verletzte bei jüngsten Zusammenstößen im Staat Warrap

Juba (Fides) – Die Zahl der Todesopfer bei den Auseinandersetzungen im südlichen Teil des Landkreises Tonj, etwa 200 Kilometer von der Hauptstadt Juba entfernt, ist auf 19 Tote und 14 Verletzte gestiegen. Laut lokalen Medienberichten ist die Gewalt Teil wachsender Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen, die durch das politische Klima im Vorfeld der für Dezember 2026 geplanten Wahlen und die anhaltende humanitäre Krise im Land verschärft werden.

Die Behörden des Bundesstaates Warrap berichteten, dass die Auseinandersetzungen in den frühen Morgenstunden des Montags, dem 6. Juli, begannen. „Wir erhielten gegen 5 Uhr morgens eine Meldung von den Behörden im Landkreis Tonj Süd, wonach eine Gruppe von Kriminellen die Gemeinde Manyangok angegriffen und dabei die Dörfer Ajiwel und Manyin ins Visier genommen hatte. Bei dem Zusammenstoß gab es Opfer auf beiden Seiten“, sagte der Informationsminister des Bundesstaates Warrap gegenüber lokalen Medien. Laut dem Minister wurden bei den Angriffen zahlreiche Häuser vollständig zerstört, wodurch viele Familien obdachlos wurden.

Die Behörden bringen die erneute Gewalt mit dem seit Ende 2025 andauernden Kreislauf von Angriffen und Vergeltungsmaßnahmen in Verbindung. „Der Konflikt zwischen den Bevölkerungsgruppen dauert seit Ende 2025 an und steht möglicherweise im Zusammenhang mit diesem andauernden Kreislauf. Der jüngste Vorfall erfordert jedoch eine unabhängige Untersuchung“, fügte der Minister hinzu.

Um die Eskalation der Gewalt einzudämmen, hat die Regierung des Bundesstaates Warrap die Streitkräfte (South Sudan People's Defense Force, SSPDF) – unterstützt von Polizei und anderen Sicherheitskräften – eingesetzt, um in dem von den Auseinandersetzungen betroffenen Gebiet die Ordnung wiederherzustellen.

(AP) (Fides 8/7/2026)

Syrien: Koalition fordert die USA auf, im Fall eines syrischen Christen zu intervenieren

ICC-Nachrichten und Berichte - Interessenverbände haben kürzlich an Thomas Barrack, den US-Botschafter in der Republik Türkei und Sonderbeauftragten für Syrien und den Irak, geschrieben und die USA gebeten, im Fall der Inhaftierung eines syrischen Christen zu intervenieren.

Der am 25. Juni versandte Brief wurde von „In Defense of Christians“ (IDC) verfasst und von führenden Vertretern von „Christians Solidarity International“ (CSI), dem „International Religious Freedom Summit“ (IRF), dem „Institute for Global Engagement“ (IGE), dem „Shai Fund“, der „American Syriac Union“ (ASU) und der „Alawite Association of the United States“ (AAUS) mitunterzeichnet.

Suleiman Khalil ist der ehemalige Bürgermeister von Sadad, einer der ältesten christlichen Städte der Welt. Am 8. Februar verhafteten Kräfte der syrischen Übergangsregierung Khalil in seinem Haus und halten ihn seitdem ohne formelle Anklage fest, ohne das Recht auf einen Anwalt, medizinische Versorgung und Zugang zu biblischen Schriften. Seine Familie erhält keinerlei Informationen über seinen Gesundheitszustand, was sie zu der Annahme veranlasst, dass er gefoltert wird.

Die Koalition argumentierte, dass der Botschafter durch seinen Einsatz für Khalils Zugang zu Rechtsbeistand und medizinischer Versorgung – und letztlich für dessen Freilassung – Präsident Donald Trump bei seinem Ziel unterstützen würde, Christen im Mittleren Osten zu schützen.

Während des syrischen Bürgerkriegs im Jahr 2015 griff die Terrorgruppe „Islamischer Staat“ (IS) Sadad an. Khalil organisierte eine starke Verteidigung seiner Stadt und verhinderte, dass die Terrorgruppe Einwohner tötete und entführte – so wie sie es in al-Qaryatayn, einer benachbarten christlichen Stadt, getan haben.

„Herr Khalils Einsatz zur Verteidigung seiner Stadt gegen den IS sollte von allen Syrern gewürdigt werden, insbesondere von der neuen Regierung, die sich offiziell der von den USA geführten Globalen Koalition zur Bekämpfung des IS angeschlossen hat“, hieß es in dem Brief. „Stattdessen scheint die syrische Regierung ihn dafür zu bestrafen.“

Die Inhaftierung von Khalil ist kein Einzelfall – die Koalition argumentierte, dass die Regierung damit eine Botschaft an andere Christen im Land sende, die besagt: „Ihr habt hier keine Zukunft.“

Der Geschäftsführer des IDC, Richard Ghazal, äußerte sich persönlich zu dieser Angelegenheit.

„Bei der Inhaftierung von Suleiman Khalil geht es nicht nur um eine einzelne Person“, sagte Ghazal. „Herr Khalil hat sein Leben riskiert, um seine Gemeinde gegen den IS zu verteidigen. Dieser Moment ist ein Test dafür, ob die neue syrische Regierung beabsichtigt, diejenigen zu schützen, die ihre Gemeinden gegen die islamistische Terrorgruppe verteidigt haben, und ob Christen Vertrauen in ihre Zukunft in Syrien haben können.“

Weder die syrische Regierung noch die US-Botschaft in der Republik Türkei haben bis zum Zeitpunkt dieser Veröffentlichung öffentlich auf den Brief reagiert.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Ukraine: Baptist und Kriegsdienstverweigerer mutmaßlich getötet

Norwegische Menschenrechtsorganisation „Forum 18“ erhebt Vorwürfe

Oslo/Kiew (IDEA) – Auf schwere Menschenrechtsverletzungen an Kriegsdienstverweigerern in der Ukraine macht die norwegische Menschenrechtsorganisation „Forum 18“ (Oslo) aufmerksam. In einer Mitteilung schildert sie das Schicksal des 50-jährigen Baptisten Dmytro Koval (Lublynets/Nordwestukraine). Er war bei einem Spaziergang am 1. März festgenommen worden. Gegenüber den Behörden verwies er darauf, dass er als Christ aus Gewissensgründen keinen Wehrdienst leisten könne, aber bereit zu einem Zivildienst sei, den es aber derzeit in dem Land nicht gibt. Die Behörden übergaben ihn dem Militär, das ihn zum Sturmregiment „Skelya“ schickte. Nach Angaben von Forum 18 wurde er dort wiederholt misshandelt, so dass er am 21. März starb. Sein Leichnam wurde seiner Witwe Iliya übergeben. Sein Gesicht sei jedoch so sehr entstellt gewesen, dass sie ihn nur anhand seiner Muttermale und anderer äußerlicher Merkmale identifizieren konnte. Sie forderte die Polizei auf, seinen Tod wegen Mordes und Folter zu untersuchen. Den Angaben zufolge verweigerten die Behörden gegenüber Forum 18 die entsprechenden Auskünfte zu dem Fall. Der Organisation zufolge sind derzeit mindestens 49 weitere Baptisten wegen Kriegsdienstverweigerung inhaftiert sowie zahlreiche weitere Angehörige christlicher Gemeinschaften.

Registrierter Baptistenbund: Keine Aussagen zur Todesursache

Der Vizepräsident des größten und staatlich registrierten Baptistenbundes in der Ukraine, Igor Bandura (Kiew), bestätigte gegenüber IDEA den Fall, machte aber zugleich darauf aufmerksam, dass das Opfer einer staatlich nicht registrierten Baptistengemeinde angehört habe. Nach seinen Worten ist wegen des Todes von Koval offiziell ein Strafverfahren eingeleitet worden. Bandura: „Alle warten derzeit auf die Entscheidung des Gerichts.“ Bis ein Urteil vorliege, könnten er und sein Bund „keine definitiven oder offiziellen Aussagen zur genauen Todesursache treffen“. Auch für die 49 wegen Kriegsdienstverweigerung inhaftierten Baptisten könne er keine verbindlichen Angaben machen. Unter den Mitgliedern seines Bundes gebe es derzeit Strafverfahren gegen sechs Männer. Wie er dazu anmerkte, gibt es in der Ukraine zwar ein Gesetz zum zivilen Ersatzdienst für Kriegsdienstverweigerer, das aber durch das aktuelle Kriegsrecht außer Kraft gesetzt ist. Bandura: „In der Ukraine haben Regierung und Parlament eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um einen neuen Gesetzentwurf zur Lösung dieses Problems auszuarbeiten. Aus unserer Sicht verläuft dieser Gesetzgebungsprozess jedoch viel zu langsam.“ Sein Bund verfolge jeden einzelnen Fall sehr genau: „Wir bieten ihnen proaktiv umfassenden Rechtsbeistand, juristische Vertretung und seelsorgerliche Begleitung an.“ Zur Allukrainischen Union der Vereinigung der Evangeliumschristen-Baptisten gehören über 2.300 Gemeinden mit mehr als 115.000 Mitgliedern. Daneben gibt es die Bruderschaft unabhängiger Baptistengemeinden mit über 100 Gemeinden und rund etwa 11.000 Mitgliedern sowie völlig unabhängige Gemeinden.

Ukraine: Zu Gast in Deutschland

(Licht im Osten) Kürzlich war Pastor M. R. aus Irpen in der Nähe von Kiew bei uns zu Gast. Er hat in der Ukrainischen Gemeinde in Korntal eine Schulung für 20 angehende junge Prediger gehalten. In Irpen leitet er eine Gemeinde mit 600 Mitgliedern. Diese Gemeinde hatte in der besonders schweren Zeit im Frühjahr 2022, als die Menschen in Irpen und Butscha große Grausamkeiten von russischen Soldaten erlebt hatten, vielerlei Dienste der Hilfe an den Menschen geleistet. Er erzählte uns von seiner gegenwärtigen Erfahrung, wie müde die Menschen in der Ukraine von dem langanhaltenden Krieg sind, auch die Christen. Sie brauchen Ermutigung und immer wieder neue Stärkung durch unseren Herrn in diesen immer noch schweren Zeiten.

- > Bitte beten Sie mit uns, dass die Christen in der Ukraine jeden Tag neu von unserem Herrn mit aller nötigen Kraft für ihr Leben und ihren Dienst ausgestattet werden und in konkreten Dingen die Fürsorge unseres Herrn erleben. Pastor R. berichtet weiter: Auf der einen Seite ist es sehr erfreulich, dass so viele Menschen in der Ukraine gerade jetzt offen sind für das Evangelium. Von ihrer Gemeinde aus haben sie in den letzten Jahren vier neue Gemeinden gegründet.
- > Danken Sie mit uns, dass weiterhin wahrzunehmen ist, dass so viele Menschen angesichts der Kriegsnot für das Evangeliums offen sind. Auf der anderen Seite ist ein großer Mangel an Mitarbeitern vorhanden. Gerade unter den Männern werden es immer weniger, weil viele zum Kriegsdienst eingezogen werden, und auch gab es solche, die die vom Gesetz eingeräumten Möglichkeiten, das Land zu verlassen, genutzt haben. Pastor R. unterrichtet außerdem am Bibelseminar in Irpen. Hier sind sie besonders dankbar, dass sie im vergangenen Jahr 200 neue Studenten aufnehmen konnten, die vor allem ein Kurzprogramm absolvieren, in welchem biblische Grundlagen für den Dienst gelegt werden. **Bitte beten Sie dafür,**
- > dass unser Herr Arbeiter in seine Ernte sendet – gerade auch Männer – und Möglichkeiten schafft, dass sie ihren Dienst auch wahrnehmen können und nicht zum Kriegsdienst eingezogen werden.
- > dass der Herr dafür gerade auch die Bibelschüler gebraucht und sie zu einem großen Segen setzt. Sergej Guz (Kiew) teilt uns als Dankes Anliegen mit: „Wir sind Gott sehr dankbar, dass wir Menschen mit Lebensmitteln helfen und ihnen Bücher und Zeitschriften von LICHT IM OSTEN weitergeben können. Dies ist ein sehr wichtiger Dienst und eine wunderbare Möglichkeit, das Evangelium zu verbreiten.“
- > Danken wir mit ihnen, dass unser Herr diesen Dienst der materiellen und geistlichen Hilfe möglich macht und die nötigen Mittel dafür schenkt.
- > Und beten wir, dass er reichlich bleibende Frucht bewirkt. „Vor Kurzem hat in den Räumlichkeiten, in denen wir unseren Gottesdienst abhalten – einem gemieteten Bürogebäude – eine neue messianisch-jüdische Gemeinde ihre Arbeit aufgenommen. Auch diese Gemeinde hat beschlossen, unserem Gemeindeverband ‚Licht des Evangeliums‘ beizutreten. Sie halten ihren Gottesdienst am Samstag, und wir unseren am Sonntag. Wir helfen einander und beteiligen uns am Dienst.
- > Gott sei die Ehre dafür!“
- > Beten wir dafür, dass durch diese Gemeinde noch viele Juden in Kiew erreicht werden und Jesus Christus als den Messias und ihren persönlichen Retter erkennen.
- > Dass die Gemeinschaft dieser unterschiedlichen Gemeinden unter einem Dach ein wirksames Zeugnis für die Umgebung ist.

Von unsern Partnern:

Gegenwärtig finden zahlreiche Sommereinsätze (Freizeiten für verschiedene Altersgruppen, Spielplatzeinsätze, Ausflüge für unterschiedliche Zielgruppen ...) statt. **Bitte beten Sie**

- > um Bewahrung für die Teilnehmer und Mitarbeiter vor Unfällen und Krankheit.
- > um eine gute Zusammenarbeit in den Mitarbeiterteams.
- > um geeignetes Wetter. In Kirgisistan hatte es im Vorfeld der Freizeiten Starkregen mit Erdbeben und Schlammlawinen gegeben. Die Folgen davon konnte noch rechtzeitig beseitigt werden und es wurden Schutzmaßnahmen wie das Anlegen von Entwässerungsgräben ergriffen.
- > um Bewahrung vor behördlichen Repressalien. U.a. in **Kirgisistan** gibt es wie jedes Jahr behördliche Bestrebungen, die Durchführung der Freizeiten zu behindern, so etwa durch Gerichtsverfahren.
- > dass diejenigen, die bei den Einsätzen das Evangelium verkündigen, von Gottes Geist gute Ideen und die rechten Worte für ihre Verkündigung bekommen und das Wort in Vollmacht sagen können.
- > dass Gottes Geist durch die Botschaft und das gelebte Glaubenszeugnis seiner Kinder die Herzen der Teilnehmer anrührt.
- > dass viele junge und ältere Teilnehmer zum lebendigen Glauben an Jesus Christus finden.

- > dass die Teilnehmer, die bereits mit Jesus leben, in ihrer Hingabe an Gott ermutigt und gestärkt werden und ein Zeugnis für die anderen Teilnehmer sind.
- > um Schutz vor den Angriffen Satans. Immer wieder kommt es vor, dass Kinder über soziale Medien in Online-Spiele hineingezogen werden, die sie dahin führen, dass sie schließlich Suizid begehen sollen. Beten Sie mit dafür, dass so etwas nicht unerkannt unter den Kindern weitergegeben wird und dass die Gruppenleiter viel Weisheit haben, wenn sie so etwas entdecken; und dass Kinder, die unter den Einfluss eines solchen Spieles geraten sind, durch Christus Befreiung und Bewahrung erleben und von aller Angst befreit werden, die durch diese Spiele erzeugt wird.

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]